1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

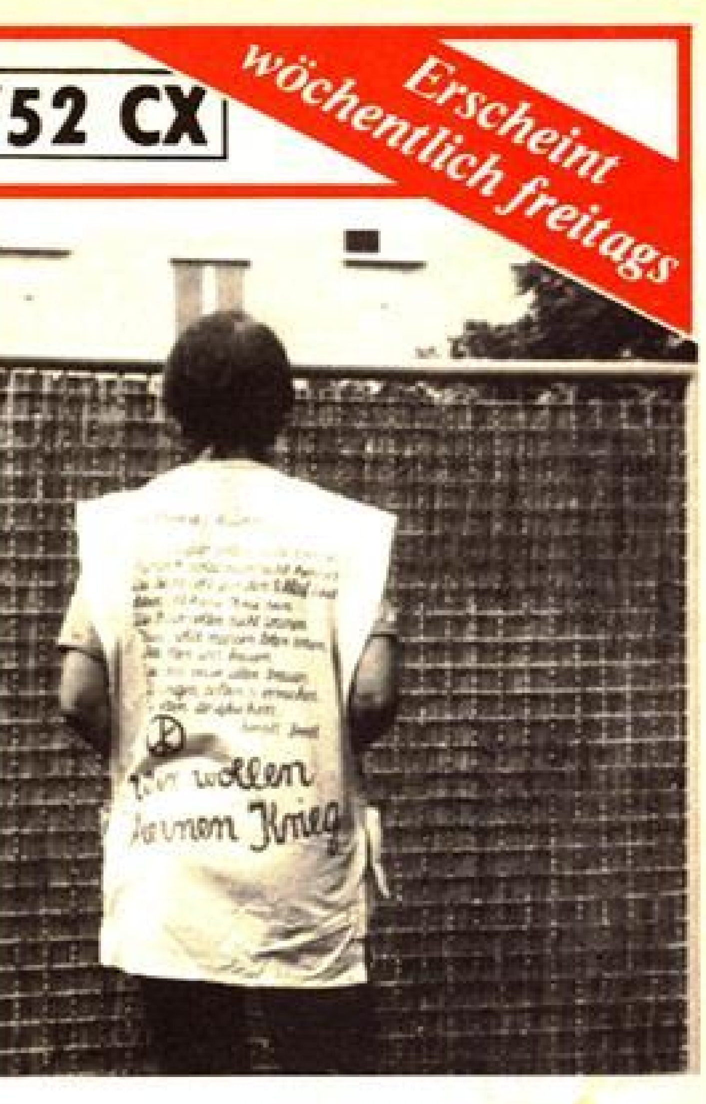
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 29 vom 17. Juli 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM





Friedensmarsch '81 Von Kopenhagen bis nach Paris führt eine von skandinavischen Frauen organisierte Demonstration gegen die Bedrohung der europäischen Völker durch Atomwaffen. Mit von der Partie war auch diese Genossin der KPD, die auf Seite 6 ihre Eindrücke von dem Marsch schildert, an dem sie von Kiel bis Münster teilgenommen hat. An den Orten, wo der Zug Rast machte, trat sie — fast überall mit Unterstützung örtlicher Parteiorganisationen der KPD — als „Ein-Frau-Propagandazentrum" auf, mit einem auffälligen selbstgefertigten Kittel.

Unter der Drohung sowjetischen Einmarsches

Ein Höhepunkt der polnischen Krise

WARSZAWA. — Der außerordentliche Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) ist ein Höhepunkt der Krise Polens, die sich seit den Augueststreiks des letzten Jahres immer mehr entwickelt. Die Gefahr militärischer Maßnahmen von Seiten der sowjetischen Sozialimperialisten liegt seit Monaten in der Luft — die politische Kampagne Moskaus wurde auch in den letzten Tagen weitergeführt.

Die Maßnahmen, die die UdSSR getroffen hat, um in Polen eine Entwicklung im Sinne ihrer eigenen Interessen durchzusetzen, sind allesamt von solcher Art, die die Möglichkeit militärischer Maßnahmen eröffnen, die verdeckt entsprechende Drohungen darstellen.

Innerhalb der PVAP stärken sie jene Fraktion des „Forums von Katowice", die sich offen zum Sprecher eines aggressiven Vorgehens gegen die polnische Arbeiterbewegung gemacht hat. Diese Forumsorganisation, die selbst den Statuten der PVAP widerspricht, ist ein überregionaler Zusammenschluß all jener, die den Kurs Giereks fortgesetzt wissen wollen. Sie schwingen sich in Worten zu Kämpfern gegen kapitalistische Erscheinungen in Polen auf, ohne mit einem Wort auf den Großgrundbesitz und die Kirche, auf die kapitalistische Landwirtschaft, den ausgeweiteten Privathandel und die zunehmende Privatisierung der Industrie einzugehen: Beweis genug, daß es sich nicht um Kräfte handelt, die für den Sozialismus, für die Arbeiterklasse eintreten. Im Gegenteil, die Arbeiterbewegung ist der einzige Gegner, den das Forum ständig attackiert.

Eine politische Kampagne, die von der Moskauer „Prawda" geführt wurde, hat die Voraussetzungen geschaffen, daß die UdSSR den Parteitag der PVAP als irregulär, als feindlich oder ähnlich einstufen kann: Kania wurde offen wegen zu großer Nachgiebigkeit kritisiert, die Wahlen zum Parteitag wurden als Machenschaften feindlicher Kräfte bezeichnet.

Aber auch militärisch und außenpolitisch wurden die entsprechenden Vorbereitungen getroffen: die langandauernden Manöver des Warschauer Paktes in Polen, die Konferenz mit der polnischen Generalität, die vor kurzem stattfand, und in der vor allem solche Generale zu Wort kamen, die dem Forum von Katowice entweder angehören oder mit ihm sympathisieren, der jüngste Besuch Gromykos, der noch einmal eindringlich vor weiterer Nichterfüllung der Verpflichtungen Polens innerhalb des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe warnte, wie dies auch die vor kurzem abgehaltene RGW-Tagung unterstrich.

So werden Verlauf und Ergebnisse des Parteitags auf jeden Fall dazu führen, daß die polnische Krise einem neuen Höhepunkt zusteuert, da keine Seite eine Niederlage ohne weiteres hinnehmen wird. Die Drohung des sowjetischen Einmarsches oder eines sowjetisch unterstützten Militärkabinetts ist in diesen Tagen so akut wie nie zuvor.

DGB-Jugend darf nicht für den Frieden marschieren

DGB-Vorstand verbietet Teilnahme an Friedensdemonstration

DÜSSELDORF. — Der Bundesvorstand des DGB hat der Gewerkschaftsjugend die Teilnahme an der großen Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn verboten. Das bestätigte Vorstandsmitglied Schwab am Wochenende auf Fragen der „Frankfurter Rundschau".

Schwab gestand auch ein, daß die entsprechenden Gremien der DGB-Jugend einstimmig den Beschluß zur Teilnahme an dem Friedensmarsch gefaßt hatten. Die Initiative zu der Demonstration am 10. Oktober geht von der Aktion Sühnezeichen und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden aus. Zahlreiche Organisationen, darunter auch die KPD, werden sich daran beteiligen. Im Aufruf wird die Rücknahme des NATO-Raketenbeschlusses und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa gefordert.

Mit diesem gegen den eindeutigen Willen der Gewerkschaftsjugend verhängten Verbot haben die Bemühungen der DGB-Bonzen, jegliche gewerkschaftliche Aktivität zur Sicherung des Friedens zu lähmen und zu ersticken, einen skandalösen Höhepunkt erreicht. Schwab selbst gab gegenüber der „Frankfurter Rundschau" zu, das Verbot sei nach „außen hin unverständlich" und den anderen Jugendverbänden, die sich an der Demonstration beteiligen werden, „schwierig zu vermitteln". Aber die Bonzen scheuen selbst vor der brutalen offenen Konfrontation nicht zurück, wenn es darum geht, die Gewerkschaften auf den friedensfeindlichen Kurs der Bonner Regierung zu trimmen.

(Siehe auch Kommentar auf Seite 2.)

Bei der Bundesratstagung

CDU fordert Wohnungspolitik für Eigentümer

Entwürfe der Regierung als nicht „besitzergerecht" kritisiert

BONN. — Wie bereits erwartet worden war, haben die CDU-regierten Bundesländer die Pläne der Bonner SPD/FDP-Regierung in der Wohnungspolitik abgelehnt. Ihre eigenen, vom CDU-Experten Lothar Späth vorgetragenen Gegenvorschläge aber sind dermaßen deutlich zugunsten der Hausbesitzer ausgefallen, wie man es bisher nicht erlebt hat.

Vor allem zwei Punkte der Regierungsentwürfe wurden von der CDU abgelehnt: die Einführung der sogenannten Staffelmiete für Neubauten und die Verlängerung der Sperrfrist bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Dies seien, so der CDU-Sprecher, nur geringfügige Verbesserungen für die Eigentümer und gleichzeitig neue psychologische Hemmschwellen für Investitionen.

Damit macht sich die CDU in diesem Fall zum Sprecher zweier großer Kapitalgruppen, die in der letzten Woche nochmals ihre Vorstellungen zur künftigen Wohnungspolitik umrissen hatten: die Versicherungen, einst größte Bauherren des Landes, denen die Möglichkeiten zur schnelleren Mieterhöhung durch die Staffelmiete, wie sie die SPD geschaffen hat, nicht ausreichen, und einer Reihe von großen Privatbankiers, die am meisten von der Umwandlung bisheriger Mietwohnungen profitiert haben.

Ein Konzept, das die Interessen der Mieter und der Werktätigen berücksichtigt oder gar zum Leitfaden macht, gibt es in der Debatte der Bonner Parteien über die Wohnungspolitik nicht.

Fortgesetzte Unruhen in Britannien

Thatcher droht der Jugend mit der Armee

Versammlungsverbot erlassen

LONDON. — Trotz immer massiverer Polizeieinsätze hielt die Welle des jugendlichen Protests auch am vergangenen Wochenende weiter an. Inzwischen sind neben London alle größeren Städte Nordenglands betroffen. Die einzige Reaktion der Thatcher-Regierung besteht aus immer wilderen Drohungen und der Anwendung immer heftigerer Unterdrückungsmethoden.

In einer Fragestunde des Parlaments ging der Innenminister sogar so weit, den Jugendlichen den Einsatz der britischen Armee anzudrohen.

In Liverpool wurden inzwischen Ansammlungen von mehr als drei Menschen verboten, die Polizei hat fast 2000 Mann im ständigen Einsatz. In anderen Städten wurde das vor 14 Jahren abgeschaffte Gesetz gegen den Aufruhr, das willkürlich vorbeugende Verhaftungen ermöglicht, faktisch wiedereingeführt. Festgenommene Jugendliche sollen künftig von Sondergerichten abgeurteilt werden.

Margret Thatcher steuert inzwischen immer offener einen Kurs, der sich dem politischen Amoklauf nähert. Aus Anlaß der Debatte um die protestierenden Jugendlichen, für die die Massenmedien nur das Wort Randalierer benutzen, erklärte sie, die Verantwortung für Arbeitslosigkeit und Aufruhr liege bei den Gewerkschaften. Sie werde ihren bisherigen Kurs unbeirrt fortführen.

Mit solchen Haßtiraden hetzt sie nicht nur die Faschisten innerhalb ihrer eigenen Konservativen Partei auf, sondern auch jene faschistischen Banden, deren Provokationen zusammen mit jenen der Polizei Anlaß des Protests der weißen und farbigen britischen Jugendlichen waren.



Die Straßenkämpfe in Britannien gingen auch diese Woche weiter.

Kommentar

Warum sollen die jungen Gewerkschafter am 10. Oktober nicht für die Erhaltung des Friedens in Deutschland und Europa demonstrieren dürfen?

Karl Schwab, von der „Frankfurter Rundschau" befragt, wußte eine Menge Begründungen dafür anzuführen, von denen allerdings jede einzelne dem gewerkschaftlichen Auftrag ins Gesicht schlug. Da war zunächst einmal die hinterhältige Spekulation mit einer „schweigenden Mehrheit" in der Mitgliedschaft des DGB. Es müßten, so Schwab, Positionen gefunden werden, die von allen Arbeitnehmern insgesamt getragen werden könnten. „Die fortschrittlichen Jungen können nicht für die Gesamtorganisation Pflöcke setzen."

Das Verbot

Aber hat Schwab denn die Mitgliedschaft des DGB darüber befragt, ob sie die Friedensaktivitäten der Jugend für untragbar hält? Das haben er und seine Kumpane im DGB-Vorstand wohlweislich nicht getan. Aber wir kennen ja die Ergebnisse von Umfragen durch Meinungsforschungsinstitute aus den letzten Monaten, bei denen sich deutliche Mehrheiten für ein Abrücken von der amerikanischen Kriegspolitik, für eine Senkung der Rüstungsausgaben usw. ergaben.

Schwab versucht aber nicht nur, die Gewerkschaftsjugend in der Friedensfrage gegen die übrige DGB-Mitgliedschaft auszuspielen. Er stellt auch den DGB insgesamt der gegenwärtigen Friedensbewegung gegenüber. Der DGB — so seine zweite Begründung für das Verbot — müsse seine Positionen in der Friedensfrage eigenständig vertreten. Zunächst einmal: Wenn der DGB in dieser für unsere Zukunft so entscheidende Frage mit eigenständigen Aktivitäten auftritt, dann ist das richtig und absolut notwendig.

Denn die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist die entscheidende Kraft im Kampf um den Frieden. Von ihr wird es letztendlich abhängen, ob und inwieweit wir unsere Kampfforderungen durchsetzen können. Aber hier muß natürlich die Frage gestellt werden, wie es denn mit den eigenständigen Positionen und Aktivitäten des DGB in der Friedensfrage tatsächlich aussieht. Und jeder, der die Entwicklung der letzten Monate beobachtet hat, weiß, daß die DGB-Führer gewerkschaftliche Friedensaktionen nicht gefördert, sondern gelähmt und sabotiert haben: Die Forderung der ÖTV-Jugend nach einem Friedensmarsch wurde unterdrückt; den Mitgliedern wurde es untersagt, Friedensresolutionen mit Angabe ihrer gewerkschaftlichen Funktionen zu unterschreiben usw.

Und für diesen Herbst stellt Schwab der Bonner Demonstration als „eigenständige" gewerkschaftliche Aktivität eine Antikriegstagsveranstaltung in Düsseldorf mit 1200 geladenen(!) Gästen gegenüber. Es sollen in den darauffolgenden Monaten auch Unterschriften gesammelt werden. Einen Text dafür, so Schwab, gibt es allerdings noch nicht; den muß man sich noch überlegen. Soviel also zu den eigenständigen Positionen und Aktivitäten der DGB-Spitze in der Friedensfrage.

Es ist allzu deutlich, daß die Parole von der Eigenständigkeit nicht nur heiße Luft ist, weil ihr die Deckung durch tatsächliche die Mitgliedermassen mobilisierende Aktionen fehlt. Diese Parole wird darüberhinaus von Schwab als demagogischer Trick benutzt, um die Gewerkschafter aus der existierenden Friedensbewegung auszugrenzen. Mit aller Macht, bis hin zum brutal verhängten Verbot, wollen die Bonzen verhindern, daß die organisierte Arbeiterschaft in dieser Bewegung den Platz einnimmt, der ihr Zukommt, und daß sie dieser Bewegung für den Frieden eine neue Schlagkraft verleiht.

Mit dieser Sabotage am Friedenskampf erweisen sich die Spitzen des DGB als Erfüllungsgehilfen einer imperialistischen Politik, die mit Riesenschritten auf die Entfesselung eines neuen Weltkrieges zusteuert. So wie ihre Vorgänger 1914 unter den Parolen der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens mit den Kriegsbrandstiftern die Werktätigen in das Blutbad des 1. Weltkrieges gehetzt haben, so bereiten heute die Vetter und Co. den Atomstrategen den Weg, indem sie die Arbeiterbewegung vom Kampf für den Frieden isolieren wollen. Diese Rechnung darf nicht aufgehen. Sorgen wir dafür, daß sie es sind, die innerhalb der Gewerkschaftsbewegung isoliert werden.

Weg mit dem Demonstrationsverbot für die DGB-Jugend!

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Streit um Brandts Moskau-Reise

BONN. — Heftige Auseinandersetzungen gab es letzte Woche in Bonn um die Ergebnisse der jüngsten Moskau-Reise des SPD-Vorsitzenden Brandt. Wie der „Rote Morgen" berichtete, hatte Brandt die neuesten „Friedensvorschläge" Breschnews positiv gewürdigt und eine angebliche Verhandlungs- und Friedensbereitschaft des Kreml hervorgehoben.

Massiv wie selten zuvor stiegen Strauß und seine Kumpane in die Auseinandersetzung ein. Der CSU-Boß warf Brandt vor, er habe sich in den Dienst der „Psychostrategie Breschnews zur Irreführung und Einschüchterung des Westens einspannen lassen." Und der CDU-„Sicherheitsexperte" Wörner erklärte Brandt schlicht zum „Werkzeug sowjetischer Politik". Die Attacken aus den Reihen der Union waren zumeist verbunden mit Hinweisen auf die „Regierungsunfähigkeit" der Bonner Koalition und mit der Feststellung, nun sei es endgültig zum „offenen Machtkampf" zwischen Brandt und Schmidt gekommen.

Tatsächlich war Brandt mit seinen Vorstößen beim Bonner Kabinett auf wenig Gegenliebe gestoßen. Nach der Tagung der Ministerrunde in der letzten Woche antwortete Regierungssprecher Becker auf die Frage, ob die Moskauer Gespräche Brandts eine Erleichterung für künftige Verhandlungen zwischen den Supermächten bewirkt hätten: Diesen Eindruck habe niemand im Kabinett ausdrücklich ausgesprochen. Im Klartext bedeutet das eine Bestätigung der amerikanischen Position, die ja ganz unverblümt die Beseitigung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials verlangt. Diese Haltung brachte dann auch Außenminister Genscher deutlich zum Ausdruck, als er sagte: „Wenn die Sowjetunion heute erklärt, daß sie ihre Mittelstreckenrüstung beseitigt, ist unsere Nachrüstung entbehrlich."

Tatsächlich jedoch hat das Kabinett in dieser Frage nicht so einheitlich reagiert, wie Becker es dargestellt hat. Justizminister Schmude hat sich in der erwähnten Sitzung dafür ausgesprochen, Breschnews neue Vorschläge sorgfältig zu prüfen — so wie Brandt es verlangt. Ähnlich hat sich Ende letzter Woche auch Wissenschaftsminister Hauff in einem Interview ausgesprochen. Brandt selbst hat die Ergebnisse seiner Moskau-Reise auf die Tagesordnung der SPD-Vorstandssitzung am 26. Juli gesetzt, um dort Unterstützung für seine Position zu gewinnen.

Eine neue Auseinandersetzung in der SPD-Spitze bahnt sich also an. Aber geht es dabei tatsächlich nur um einen Machtkampf zwischen Brandt und Schmidt? Was hier wirklich zur Frage steht, ist die Fortsetzung der Bonner Ostpolitik, der „friedlichen", wirtschaftlichen und politischen Durchdringung Osteuropas, wie sie über ein Jahrzehnt lang im Interesse des westdeutschen Monopolkapitals betrieben wurde. Wie wir im letzten RM schon feststellten, haben bestimmte Kapitalgruppen nach wie vor ein Interesse an der Fortführung dieser Politik, nicht zuletzt deshalb, weil sie etwa beim Erdgas-Röhren-Geschäft große Profite verspricht.

Brandt, nach wie vor der führende Repräsentant der Ostpolitik, hat zu Recht erkannt, daß ein uneingeschränktes Einschwenken Bonns auf den amerikanischen Kriegskurs die Grundlage dieser Politik zerstören und jeden Spielraum für ein relativ eigenständiges Manövrieren Bonns zwischen den Supermächten zerstören würde. Daher auch der ungewöhnliche Propagandaaufwand, den er während und nach seiner Moskau-Reise betrieben hat. Die von Brandt — beispielsweise mit seinem „Spiegel"-Interview — betriebene Kampagne kam natürlich auch den Interessen Moskaus entgegen. Denn sie ließ die aggressive imperialistische Politik der Sowjetunion in einem milden Licht erscheinen und stärkte Illusionen über eine angebliche Friedenspolitik des Kreml, wie sie gerade jetzt angesichts der offenen kriegstreiberischen Haltung Reagans in Westeuropa wieder entstehen.

Die letzte Woche hat jedoch gezeigt, daß Brandt inzwischen selbst innerhalb der Regierungskoalition relativ isoliert ist.

Die amerikanischen Imperialisten haben mit offenen Worten in die Debatte der vergangenen Woche eingegriffen. Sie zeigten unverhohlen, daß sie an Brandts Verhandlungsvorschlägen nicht das geringste Interesse haben. Zwar hielt sich die Reagan-Regierung offiziell noch zurück. Man schickte aber einen „hohen Beamten des Außenministeriums" an die Front, dessen Name nicht genannt werden durfte, der aber nichtdestoweniger in allen westdeutschen Zeitungen ausführlich zitiert wurde. Dieser Regierungsvertreter wiederholte in scharfer Form die inzwischen schon bekannt Hetze gegen den „wachsenden Pazifismus und Neutralismus" in Westeuropa. Er stellte heraus, daß die amerikanische Supermacht auf der Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Westeuropa beharrt — und zwar ausdrücklich auf „landgestützten Raketen" (im Gegensatz zu Waffen, die etwa auf U-Booten installiert sind), die unser Land und weite Teile Europas zum Ziel von sowjetischen Atomschlägen machen würden.

Und noch etwas: Dieser Herr aus dem Ministerium des Generals Haig stellte mit nicht mehr zu überbietendem Zynismus fest, daß es in der Raketenfrage schließlich um „amerikanische Verhandlungen über amerikanische Waffen" gehe. Die Europäer also haben gefälligst das Maul zu halten. Ob die Mittelstreckenraketen aufgestellt, ob und wie sie in einem Atomkrieg zwischen den beiden Supermächten eingesetzt werden, darüber entscheidet allein Washington. Wir dürfen dabei nur unser Land als Schlachtfeld zur Verfügung stellen.

Immerhin hat diese unverschämte Äußerung noch einmal in aller Deutlichkeit auf die Tatsache hingewiesen, daß die amerikanische Anmaßung in dem berüchtigten NATO-Raketenbeschluß eine ganz reale Grundlage hat. Denn danach hat beispielsweise die Bundesregierung **nicht einmal ein Einspruchsrecht**, wenn der US-Präsident beschlossen hat, die in unserem Land stationierten Atomraketen gegen sowjetische Ziele loszufeuern. Die Entscheidung über ihren Einsatz liegt **ausschließlich** in der Hand der amerikanischen Imperialisten. Gerade diese Tatsache, auf die der ungenannte Vertreter Washingtons jetzt noch einmal hingewiesen hat, muß noch stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden, um den Kampf gegen den Raketenbeschluß weiter voranzutreiben.

CSU-Parteitag

Strauß stellt Führungsanspruch

MÜNCHEN. — Es sei ein Markenzeichen der CSU — so erklärte Vorstandsmitglied Zimmermann auf dem Parteitag —, daß sie „über grundsätzliche politische Themen keine Auseinandersetzung zu führen braucht". Und diskutiert wurde dann auch nicht. Die CSU präsentierte sich wieder einmal als stramm ausgerichtete Führerpartei.

Um Strauß wurde der übliche Personenkult entfesselt, bei den Wahlen für den Vorsitz (einziger Kandidat: Strauß) konnte der Boß 96,7 Prozent der Stimmen für sich verbuchen. Schon im Vorfeld des Parteitags war zudem deutlich geworden, daß der CSU-Chef durchaus nicht daran denkt, seinen Lebensabend auf dem Sessel eines bayrischen Ministerpräsident zu verbringen. Er ließ sein Sprachrohr Stoiber erklären: „Strauß ist in Bonn einfach nicht zu ersetzen."

Der Führer selbst wies dann auch in der ihm eigenen Bescheidenheit darauf hin, wie notwendig es sei, daß er und seine Leute endlich in Bonn das Ruder in die Hand nehmen. Ohne die Führung durch die Strauß-Partei nämlich sei „der Niedergang der Bundesrepublik und Europas" nicht mehr aufzuhalten. Und alle Redner auf dem Parteitag betonten, ein solcher Wechsel in Bonn sei überfällig, er sollte sich möglichst noch vor den nächsten Bundestagswahlen 1984 vollziehen.

Nun spekulieren die Strategen in der Union ja schon seit Monaten auf einen Machtwechsel in Bonn. Strauß selbst hat in der letzten Zeit der FDP eindeutige Angebote für einen Wechsel in sein Lager gemacht. So hatte er wiederholt die „Übereinstimmung in den wichtigsten Fragen" herausgestellt und erklärt, er „sei jederzeit zu einer Koalition mit der FDP bereit". Die reaktionäre Führungsspitze der FDP um Genscher und Lambsdorff hat solche Angebote auch nicht ungern gesehen. Sie weiß aber auch — zumindest seit den Entwicklungen im Westberliner Landesverband der Partei —, daß sie mit einem Überwechseln zu Strauß und Kohl eine Spaltung der FDP riskieren würde.



Strauß und sein Polizeiminister Tandler. Der CSU-Boß stellte sich ausdrücklich hinter die Aufrüstung der bayrischen Polizei mit dem Giftgas CS, wobei er Demonstranten als „Gewalttäter und potentielle Mörder" verleumdete.

Typisch für den CSU-Parteitag war die Tatsache, daß zwar der Machtanspruch gestellt wurde, daß man es gleichzeitig jedoch vermied, klar zu umreissen, wie denn eine Bundesregierung der Union handeln würde. Am deutlichsten wurde das in der Frage des nächsten Bundeshaushalts. Strauß forderte, daß dort 20 Milliarden DM gestrichen werden müßten. Über die Posten, die dieser Streichorgie zum Opfer fallen sollen, verlor er jedoch kein Wort. Hier kam nur die zynische Erklärung, die SPD/FDP-Koalition hätte die Staatsfinanzen ruiniert und die sollte die Suppe „doch selber auslöffeln". Die Straußsche Taktik ist deutlich: Er will der Koalition die für den Herbst zu erwartenden Angriffe auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen überlassen, sich selbst jedoch zurückhalten, um sich dann demagogisch als Interessenvertreter des „kleinen Mannes" aufspielen zu können.

Wo bleibt die Solidarität des DGB mit der DISK?!

Die türkischen Gewerkschafter müssen dem Henker entrissen werden!

FRANKFURT. — Wie wir bereits berichtet haben, hat der Ankläger des faschistischen Militärregimes in der Türkei gegen 52 führende Funktionäre der Gewerkschaft DISK die Todesstrafe beantragt. Dies war bis jetzt für den Bundesvorstand des DGB noch nicht einmal Grund genug, wenigstens seine Stimme zu einem Wort des Protestes zu erheben!

Zu den 52 Funktionären, über denen das Beil des Henkers schwebt, gehören auch der Vorsitzende der DISK, Abdullah Bastürk, und der Generalsekretär der DISK, Fehmi Isiklar. Angeklagt und eingekerkert wurden die Gewerkschafter einzig und allein mit der Begründung, daß sie ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten durchgeführt haben (Organisierung von Streiks u.ä.), und zwar wohlgemerkt **vor** dem Militärputsch und dem damit erfolgten Verbot der DISK!

Schon insofern ist dieser ganze „Prozeß" ein ungeheuerlicher Skandal, der selbst den primitivsten Rechtsnormen Hohn spricht, ein Ausdruck der schrankenlosen Willkür der faschistischen Machthaber in Ankara!

Ein Skandal ist es aber auch, daß es die BRD, die Bonner Regierung ist, die diesem Regime nach wie vor als engste Stütze dient und ihm weiterhin massive militärische, politische und finanzielle Unterstützung gewährt!

Um so mehr ist es die absolute Pflicht gerade der bundesdeutschen Gewerkschaften, mit aller Kraft für die Rettung der von diesem Regime mit dem Tod bedrohten Gewerkschafter einzutreten.

Nichts ist in dieser Richtung aber bislang von H.O. Vetter und dem DGB-Bundesvorstand unternommen worden. Auch das ist ein Skandal und eine Schande für unsere ganze Gewerkschaftsbewegung!

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß vor wenigen Monaten der ÖTV-Chef Kluncker eine „Informationsreise" in die Türkei unternommen hatte, um nach seiner Rückkehr von allerlei positiven Seiten der Junta zu schwärmen. Kluncker unterstellte dem Regime demokratische Absichten und Ziele! Er lobte, daß es den „Terror auf den Straßen" unterbunden habe.

Schon damals war jedoch klar genug, daß der Schwerpunkt des Terrors' sich lediglich von der Straße in die Gerichtssäle, Kerker, Folterkammern und Hinrichtungsstätten des Putschregimes verlagert hatte.

Inzwischen haben Funktionäre der DISK, die hier im Exil leben, in einem Schreiben an den DGB-Vorsitzenden Vetter appelliert, haben sie Vetter und den DGB gebeten, doch ihre Stimme gegen die barbarischen Maßnahmen des Militärregimes zu erheben (wir haben den Brief nebenstehend dokumentiert). Daß ein solcher Appell überhaupt nötig ist —, müßte dies nicht jedem von uns eigentlich die Schamröte ins Gesicht treiben?

Der IGM-Vorsitzende Loderer hat immerhin inzwischen an General Evren geschrieben und die Einstellung der Prozesse gegen aktive Gewerkschafter gefordert. Besser als nichts! Was aber not tut, das ist eine handfeste Solidaritätskampagne des DGB und seiner Einzelgewerkschaften!

Dabei ist mit allem Nachdruck von der Bundesregierung die sofortige Einstellung jeglicher Unterstützung für das türkische Militärregime, vor allem der sogenannten Türkeihilfe, zu fordern.

Brief von DISK-Funktionären an DGB-Chef Vetter

„Wir rufen euch zur Solidarität auf"

„Sehr geehrter Kollege Vetter,

Am 25. Juni 1981 beantragte das Militärgericht in Istanbul für 52 führende Funktionäre der Konföderation der Progressiven Arbeiterbewegung — DISK, darunter Abdullah Bastürk, Vorsitzender der DISK, und Fehmi Isiklar, Generalsekretär der DISK, die Todesstrafe. Es soll auch in Kürze ein Massenprozeß gegen weitere 2 000 DISK-Funktionäre und Mitglieder beginnen. Vor 15 Tagen wurde der Kreisvorsitzende der Yeraltimaden-IS (DISK) in Istanbul verhaftet und verschleppt. Seitdem fehlt von ihm jede Spur. Wir sind besorgt um das Leben unseres Kollegen Cetin Uygur, der, wie die anderen DISK-Funktionäre, schweren Folterungen ausgesetzt ist.

Wir bitten Dich und Deine Organisation, Eure Stimme gegen diese barbarischen Maßnahmen gegenüber unseren Kollegen in der Türkei zu erheben. Wir rufen Euch zur verstärkten Solidarität mit den Funktionären und Mitgliedern der DISK und allen anderen demokratischen Kräften in der Türkei auf, die gravierenden Verfolgungen der Junta ausgesetzt sind.

Protestiert gegen diese Maßnahmen der Junta. Macht Euren Einfluß diesbezüglich geltend.

Mit kollegialen Grüßen

DISK-Funktionäre in der BRD, Yasar Arikan, Vorstandsmitglied der DISK; Zeki Adsiz, Vorsitzender des 10. Bezirks der DISK; Selahattin Uyar, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft-Textil (DISK); Aydin Yesilyurt, Vorsitzender des 7. Bezirks der DISK;

29. Juni 1981"

Antikriegstag 1981

DGB-Frauen NRW: „Aktionen gegen Raketenstationierung notwendig!"

ÖTV-Jugend Frankfurt: „Gegen die Rüstungspolitik der Bundesregierung vorgehen."

Im Vorfeld des Antikriegstages am 1. September kommen aus vielen gewerkschaftlichen Gremien und Konferenzen verstärkte Anstöße für den Kampf gegen die Bonner Rüstungspolitik, insbesondere gegen die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen. Diese Initiativen drücken auch einen Protest gegen die reaktionäre Haltung des DGB-Bundesvorstandes in der Nachrüstungsfrage aus.

Die 100 Delegierten der **Landesfrauenkonferenz des DGB in Nordrhein-Westfalen**, die am 5. Juli in Münster tagte, haben gegen den Widerstand des DGB-Landesvorsitzenden Siegfried Bleicher einen Antrag verabschiedet, in dem der **NATO-**



Nachrüstungsbeschluß abgelehnt wird. Der Antrag fordert ferner von der Bundesregierung eine aktive Entspannungspolitik *„mit dem Ziel, die Gefahr eines Krieges zu verhindern"*. In dem Antrag heißt es am Schluß: *„Die DGB-Frauen werden Aktionen, die zur Erreichung dieser Ziele notwendig sind, durchführen und aktiv unterstützen."*

Gegen die Versuche der Antragsprüfungskommission, die Verabschiedung dieses Antrages zu verhindern, nahmen eine Reihe von Kolleginnen leidenschaftlich Stellung. Der Frieden sei — so einige der Rednerinnen in Anspielung an die Haltung der DGB-Führung — nicht mit Allgemeinplätzen zu erhalten, sondern nur dadurch, daß gezielte Forderungen gestellt und durchgesetzt werden. Der Antrag wurde dann von den 100 Delegierten einstimmig angenommen.

Der **DGB in Köln** hat für die zweite September-Woche den Beginn einer **Veranstaltungsserie zum Thema Frieden und Abrüstung** angekündigt. Auf dem Programm stehen u.a. alternative Stadtrundfahrten, Kinder malen für den Frieden, eine Mahnwache, Informationsstände, sowie ein Literaturtag für den Frieden. Höhepunkt wid am 7. Oktober eine **Friedensdemonstration durch die Kölner Innenstadt** sein, die in ein mehrstündiges Friedensfest einmünden wird. Die Friedenswochen werden bis Mitte November andauern.

Die **Kreisjugenddelegiertenkonferenz Frankfurt der ÖTV-Gewerkschaft** verabschiedete einen **Beschluß**, in dem der **Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen die antisoziale Sparpolitik und den sozialen Abbau einerseits und dem Kampf für Frieden und Abrüstung andererseits** herausgestellt wird. Gleichzeitig werden in dem Beschluß die Tarifabschlüsse der letzten Jahre kritisiert, die zu einem Reallohnabbau geführt haben. In dem Beschluß heißt es wörtlich:

„Die Konferenz wehrt sich gegen die staatliche Aufrüstungspolitik, auch genannt ‚Sparprogramm'."

Weiter heißt es in dem Beschluß, daß diese Politik von den Arbeitern und Angestellten bezahlt wird: durch alle möglichen Maßnahmen des Sozialabbaus, der Verschärfung der Steuerlasten, Einschränkung der Arbeitsförderungsmaßnahmen, Erhöhung der Sozialabgaben, Reallohnabbau usw., sowie auch — so wird in dem Beschluß wörtlich ausgeführt — *„auf Geheiß der Politiker, wenn diese den Verteidigungsfall beschließen, auch noch mit dem Leben".*

Abschließend heißt es in dem Beschluß:

„Die Gewerkschaftsjugend fordert die Gewerkschaftsführung auf, gegen die Rüstungspolitik der Bundesregierung vorzugehen."

Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung

Warnstreiks in Werken von ITT, Bosch und Hoesch

Bosch /Reutlingen: Werksleitung mußte Kündigungen zurücknehmen

Auch in der vergangenen Woche kam es in verschiedenen Konzernen wieder zu Warnstreiks und Demonstrationen der Belegschaften, die sich gegen geplante Stillegungen und Massenentlassungen zur Wehr setzen müssen. Bei Bosch in Reutlingen gelang es der Belegschaft, die Bosse zur Zurücknahme von 20 Kündigungen zu zwingen.

Am Dienstag letzter Woche legte die Belegschaft des Tochterunternehmens von **ITT, Müller & Weigert GmbH** in **Burgbernheim** für vier Stunden die Arbeit nieder, um gegen die geplante Stillegung des Betriebes mit 51 Beschäftigten zu protestieren.

Der Betriebsrat hat sich hinter die Forderung der Kollegen nach dem Erhalt des Zweigwerkes gestellt. Teile des **Nürnberger ITT-Werkes** legten aus Solidarität mit den Kollegen in Burgbernheim für kürzere Zeit ebenfalls die Arbeit nieder.

***

Am Mittwoch vergangener Woche streikten rund 1000 Metallarbeiter von 13.00 Uhr bis 16.30 Uhr bei **Bosch** in **Reutlingen.** An dem Ausstand war die Frühschicht und die Spätschicht beteiligt. Die streikenden Arbeiter forderten die Zurücknahme der Entlassung von 20 Kollegen, denen noch kurz vor dem Urlaub im Rahmen eines schon seit längerem laufenden Rationalisierungsfeldzugs bei Bosch gekündigt worden war.

Mit Abfindungen und vorzeitiger Verrentung sollen bei Bosch in Reutlingen mehr als 200 Arbeiter entlassen werden. Bereits in den vergangenen neun Monaten haben die Bosse auf diesem Weg die Belegschaft von Bosch in Reutlingen von 4200 auf 3657 „abgebaut".

Durch den Streik konnte die Belegschaft erreichen, daß die 20 Kündigungen zurückgenommen wurden. Unter anderem scheiterte auch eine Besichtigung des Scheinwerferbaus durch Manager von Opel an der Streikaktion: Das Band im Scheinwerferbau stand still.

***

Am letzten Mittwoch demonstrierten in **Siegen** rund 2000 Belegschaftsmitglieder der zum **Hoesch-Konzern** gehörenden Zweigbetriebe. Die Kollegen verließen die Werkshallen und zogen zum Verwaltungsgebäude, wo der Aufsichtsrat über Produktionsverlagerungen und Arbeitsplatzabbau beriet. Die Arbeit in den Zweigbetrieben von Hoesch im **Siegerland** wurde aus Protest gegen die Rationalisierungsmaßnahmen für eine halbe Stunde niedergelegt.

Vor Beginn der Aufsichtsratssitzung in Siegen hatten Betriebsräte und die IGM-Vertrauensleute der Werke im Namen der Belegschaften schriftlich gefordert, daß kein Arbeitsplatz vernichtet werden darf.

***

Am Donnerstag demonstrierten in **Kaiserslautern** knapp 700 Beschäftigte der **Kammgarnspinnerei Kaiserslautern.** Sie zogen aus Protest gegen den drohenden Konkurs und die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze durch die Innenstadt. Die Hälfte der Belegschaft der Kammgarnspinnerei Kaiserslautern besteht aus Frauen.

***

In der vorletzten Woche kam es in **Goslar** zu einer Demonstration von Beschäftigten des **Hoesch-Tochterunternehmens Junior Baukonstruktion.** An der Demonstration beteiligten sich auch die Familienangehörigen der Arbeiter. Sie protestierten mit ihrer Aktion gegen die Absicht der Konzernherren von Hoesch, das Werk mit seinen 450 Arbeitsplätzen bis Mitte 1982 stillzulegen.

Die Konzernleitung hatte Übernahmeverhandlungen mit dem früheren Besitzer, der die Produktion von Junior Baukonstruktion (Kunststoff-Fenster) weiterführen wollte, ohne Begründung abgebrochen. Die Geschäftsleitung von Junior Baukonstruktion hat auf Befehl des Konzernvorstandes Aufträge im Volumen von 15 Millionen DM abgelehnt. Begründung: Das Werk sei nicht mehr rentabel!



„Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz"

lautete das Motto einer Veranstaltung gegen die Stillegung des Tongerätewerkes AEG-Telefunken (Schwedenstraße) in Westberlin. Mit dieser Parole waren ca. 100 Kolleginnen und Kollegen aus der Belegschaft bereits am 26. Mai in einem Protestmarsch zum Westberliner Bezirks-Rathaus Wedding gezogen.

Zu der Veranstaltung, die am 26. Juni in der Schultheiß-Gaststätte in der Hasenheide stattfand, hatten ebenfalls Belegschaftsmitglieder aufgerufen, unter ihnen die RGO-Betriebsrätinnen Maria-Luise Meier und Anneliese Schmidt.

Etwa 250 Besucher nahmen an der Veranstaltung teil. Eingeladen waren auch Fraktionsvertreter aller Parteien im Berliner Abgeordneten-Haus. Von diesen waren der stellvertretende Landesvorsitzende der Westberliner FDP sowie ein Vertreter der Alternativen Liste der Einladung gefolgt, um zu den Forderungen der Belegschaft Stellung zu nehmen.

Unter anderem wurde ein Dia-Vortrag zur Lage der Arbeitsplätze in Westberlin gezeigt. RGO-Betriebsrätin Maria-Luise Meier hielt ein Referat über die Situation des AEG-Telefunken-Werkes, das ca. 1200 Menschen beschäftigt und das bis Ende dieses Jahres stillgelegt werden soll. Desweiteren wurde eine Resolution verabschiedet, in der es unter anderem heißt, die Betroffenen müßten den Kampf für die Erhaltung des Werkes auch weiterhin selbst in die Hand nehmen.

Stürmischen Beifall erhielt ein Kollege, der vom Vertrauenskörper der IG Metall bei Berthold (ein Betrieb, der ebenfalls von Stillegung bedroht ist) delegiert worden war. Der Kollege verlas eine Entschliessung des Vertrauenskörpers an die IGM-Ortsverwaltung und an die Vertreterversammlung, in der die IG Metall aufgefordert wird, den Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung in Westberlin zu organisieren.

Unser Foto zeigt den Vertreter der FDP-Fraktion am Rednerpult. Auf dem Podium sitzend (von links nach rechts): Marie-Luise Meier, Anneliese Schmidt, eine türkische Ersatzbetriebsrätin und ein Vertreter der RGO/Westberlin.

Bundesarbeiterkonferenz des DGB

„Arbeit darf nicht kaputtmachen"

Frühinvalidität enorm gestiegen
Viele Arbeiter erkranken an Krebs

OSNABRÜCK. — Am vorletzten Wochenende führte der DGB zum ersten Mal eine Bundesarbeiterkonferenz durch. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die oft unmenschlichen Arbeitsbedingungen, denen die Arbeiterinnen und Arbeiter ausgesetzt sind und deren Folgen, wie gesundheitlicher Verschleiß, Frühinvalidität, Berufskrankheiten usw. Das Motto der Konferenz lautete: „Arbeit darf nicht kaputtmachen".

Die Konferenz fand in Osnabrück statt. 200 Delegierte nahmen daran teil. Als Hintergrund für die erstmalige Abhaltung einer solchen Konferenz, die sich gesondert mit Problemen der Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt (vergleichbar mit Angestellten- bzw. Beamtenkonferenzen des DGB) wurde die erhebliche Verschiebung im Verhältnis zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten innerhalb der Mitgliedschaft des DGB angegeben.

Der Anteil der Arbeiter betrug im DGB 1950 noch 83, 2 Prozent. Im vergangenen Jahr lag er nur noch bei 68,2 Prozent. Der Anteil der Angestellten wuchs inzwischen auf 21,0 Prozent, wobei diese Erhöhung in der Zeitspanne von 1970 bis 1980 sprunghaften Charakter hatte. Der Anteil der Beamten erhöhte sich von 6,3 Prozent im Jahr 1950 auf 10,8 Prozent im vergangenen Jahr.

Einer der Faktoren für diese Verschiebung liegt darin, daß die Einsicht in die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation sich in bestimmten Schichten der Angestellten und Beamten in den letzten Jahrzehnten stark ausgebreitet hat. So ist die Mitgliederzahl der DGB-Gewerkschaften nicht zuletzt aus diesem Grund von 1950 bis 1980 stark angestiegen: von 5,4 auf 7,9 Millionen Mitglieder.

Irmgard Blättel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB, die auf der Konferenz ein Referat hielt, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten oft willkürlich ist. Rechtlich gilt derjenige als Arbeiter, der nicht vom Angestelltenversicherungsgesetz erfaßt wird. Irmgard Blättel stellte klar, daß dieses Gesetz von vornherein als Keil gedacht war, um die Arbeiterschaft zu spalten.

Irmgard Blättel zitierte in diesem Zusammenhang den damaligen Reichtagsabgeordneten Stresemann, der sich mit folgendem Argument gegen eine einheitliche Versicherung aller Lohnabhängigen mit dem Argument ausgesprochen hatte: Dadurch würde „der Idee des gemeinsamen Klassenkampfes aller Arbeitnehmerschichten in Form der Versicherung das Siegel aufgedrückt".

Den Klassenkampf der Lohnabhängigen zu schwächen und zu spalten, das ist heute wie damals ein wesentliches Motiv der Unternehmer und bürgerlichen Politiker, wenn sie sich nach wie vor gegen einheitliche Sozialgesetze und Sozialversicherungen für alle Lohnabhängigen sperren.

Das soll nicht heißen, daß es heute keine Unterschiede mehr gibt zwischen solchen Schichten der Arbeiterklasse, die als Angestellte eingestuft werden (kleine Angestellte) und beispielsweise den „klassischen" Arbeitern in der Produktion. In der Lage dieser Teile der Arbeiterklasse gibt es durchaus Unterschiede. Dies sind aber keine Klassenunterschiede, sondern klasseninterne Unterschiede.

Auch die bürgerliche Statistik, die natürlich völlig klassenunspezifisch die Beschäftigten in Arbeiter und Angestellte aufteilt, ohne dabei zwischen den sehr verschiedenen Kategorien von Angestellten zu unterscheiden (z.B. hat ein leitender Angestellter mit der Arbeiterklasse nichts gemein, die einfache Stenotypistin aber sehr wohl), gibt Hinweise darauf, daß in der Produktion immer noch besonders brutale Ausbeutungsbedingungen am stärksten vorherrschen.

So ist die Frühinvalidität unter den männlichen Arbeitern doppelt so häufig wie unter den männlichen Angestellten. Das Unfallrisiko liegt bei den Arbeitern sogar ums Achtfache höher als bei den Angestellten.

Man muß wohlgemerkt den klassenunspezifischen Charakter dieser Zahlen bedenken. Die kleine Angestellte, die etwa in einem Großraumbüro arbeitet, befindet sich natürlich in einer gänzlich anderen Lage, als die Herren oder Damen, die sich in den weichen Sesseln vollklimatisierter Chefetagen mit „kreativer Leitungstätigkeit" befassen. Aber auch in solchen Bereichen wie im Einzelhandel herrschen sehr harte Arbeitsbedingungen.

Wie unmenschlich heute ganz allgemein im sogenannten Spätkapitalismus hierzulande die Arbeiter ausgebeutet werden, zeigt sich an der Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung. Aus ihr geht hervor, daß der Anteil der Rentenfälle wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit an allen Neuzugängen in der Arbeiterrentenversicherung im Jahr 1979 ca. 56 Prozent betrug. Wer also die Hälfte waren also Frührentner!

Als Hauptursachen für die Gesundheitsschädigungen der Arbeiter wurden auf der Konferenz benannt: gefährliche Arbeitsstoffe, Schichtarbeit, Lärm, Vibration, Hitze, Zugluft, körperliche Schwerarbeit, Zwangshaltung, Monotonie und nervliche Überbeanspruchung. Typisch für das Arbeiterschicksal ist ein durch jahrzehntelange Belastung bewirkter Verschleißprozeß der dann beispielsweise in Form einer Krebserkrankung ausbricht. Namentlich Lungen-, Rippen- und Bauchfellkrebs treten bei Arbeitern besonders häufig auf.

Die Konferenz stellte folgende Forderungen gegen den rücksichtslosen Verschleiß von Arbeitskraft und Gesundheit der Arbeiter heraus:

Großzügigere Pausenregelungen und Arbeitszeitverkürzungen; frühzeitiges Eingreifen von Staat und Berufsgenossenschaft bei Einführung neuer Techniken, bessere Ausstattung der Gewerbeaufsicht und der technischen Aufsichtsdienste der Berufsgenossenschaften; baldige Verabschiedung eines Arbeitsschutzgesetzes unter Einbeziehung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die Konferenz bekräftigte ferner die Forderung nach einem Verbot der Leiharbeit, die von Irmgard Blättel als „moderner Sklavenhandel" angeprangert wurde. Nach Angaben des DGB hat sich die Zahl der Leiharbeitsfirmen in der Bundesrepublik sprunghaft auf nunmehr 1 250 erhöht. Der von ihnen betriebene legale Arbeitskräfteverleih schafft, wie Irmgard Blättel sagte, den Windschatten für einen explosionsartigen Anstieg illegalen Arbeitnehmerverleihs".

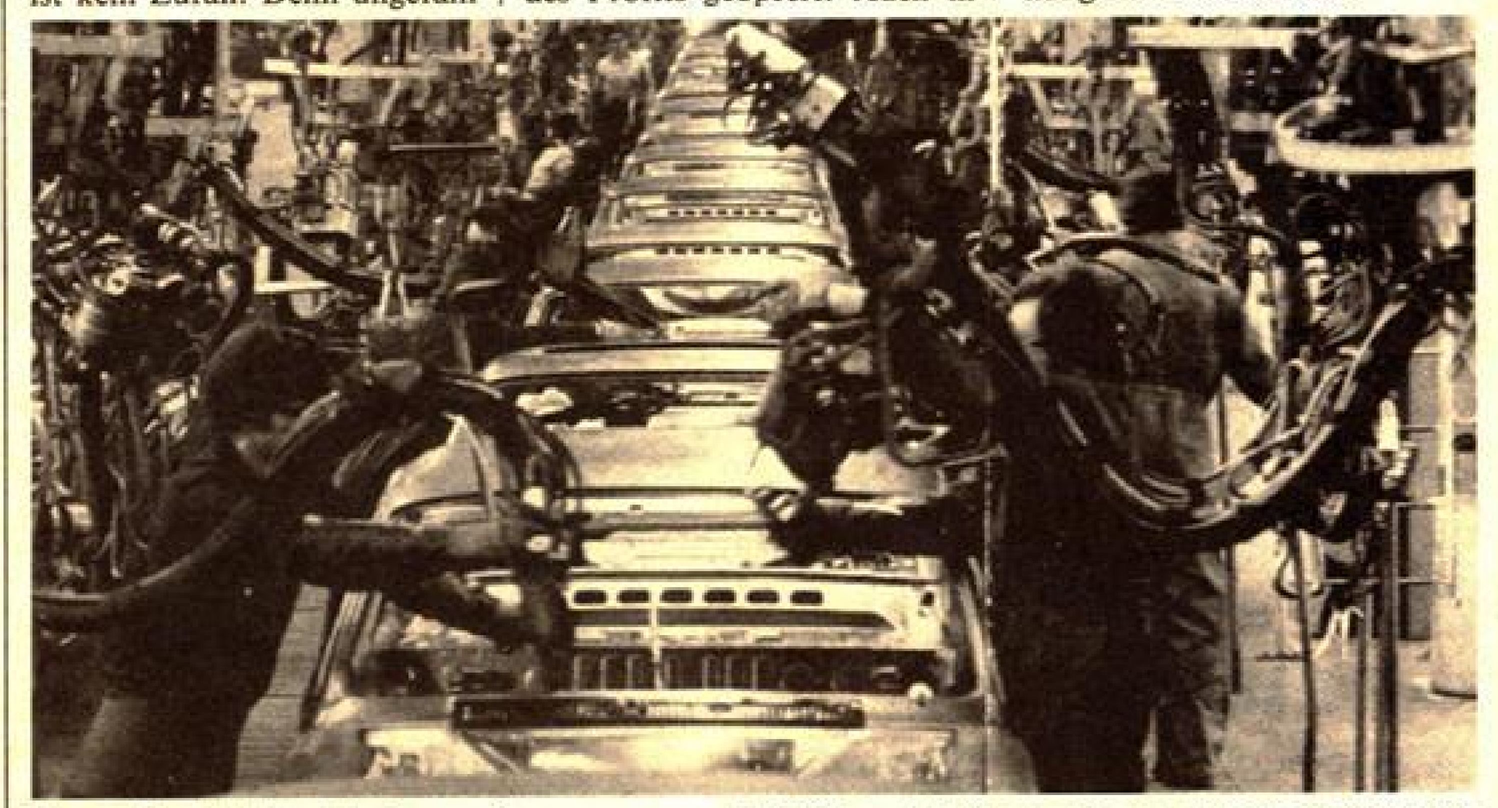
In einem einstimmig gefaßten Beschluß verlangte die Konferenz ferner die Beseitigung der unteren Sozialversicherungsgrenze (390-DM-Grenze), die faktisch ein Mittel für die Unternehmer darstellt, Arbeiter, vor allem Frauen, die auf Erwerbsmöglichkeiten mit geringen Arbeitszeiten angewiesen sind, besonders brutal auszubeuten (ständig steigende Arbeitsleistung bei effektiv sinkendem Einkommen).

Die auf der 1. Arbeiterkonferenz des DGB angesprochenen und aufgezeigten schreienden Mißstände müssen von den Gewerkschaften künftig noch viel konsequenter und systematischer angeprangert und bekämpft werden, als bisher. Seit 1973 ist die Frühinvalidität — wie die Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung beweist — sprunghaft angewachsen. Das ist kein Zufall. Denn ungefähr zu diesem Zeitpunkt setzte die jetzige Periode einer schweren Wirtschaftskrise ein, begann die Herausbildung der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und Westberlin.

So zeigt es sich, daß die Kapitalisten seither die Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben brutal verschärfen. Dies geschieht vor allem durch Rationalisierung, Einführung neuer Techniken, verschärfte Arbeitshetze und zunehmenden Leistungsdruck, sowie durch Ausweitung der Schichtarbeit!

Ohne jede Rücksicht auf die elementarsten humanitären Gesichtspunkte wird die Gesundheit der Arbeiter auf dem Altar des Profits geopfert. Auch in dieser Beziehung zeigt sich der Zynismus und die Verlogenheit der Parolen von der Sozialpartnerschaft. Andererseits ist eine konsequente gewerkschaftliche Gegenwehr auch an dieser Front nur auf klassenkämpferischen Positionen möglich.

Dabei besteht eine enge Verbindung zwischen dem Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitslosigkeit und dem Kampf für humanere Arbeitsbedingungen. Eine zentrale Rolle für beide Bereiche spielen die Forderungen nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, nach der Herabsetzung des Rentenalters und nach konsequenter Einschränkung der Schichtarbeit.



Ein großer Teil der Arbeiter muß wegen gesundheitlicher Schädigung bzw. Erwerbsunfähigkeit vorzeitig in Rente gehen. Schuld daran sind die inhumanen Arbeitsbedingungen, die sich in der Wirtschaftskrise weiter verschlechtert haben.

Forderungen nach Sozialabbau werden immer hemmungsloser

Unternehmer schreien nach Abbau der Lohnfortzahlung

DÜSSELDORF. — Die von den Unternehmerverbänden, Regierungspolitikern und Sprechern der Bonner Parteien angeheizte und vom gesamten Chor der Soldkläffer des Kapitals in den Massenmedien unterstützte „Debatte" über den „Mißbrauch sozialer Leistungen" ermuntert die Unternehmer zu immer dreisteren Angriffen auf soziale Rechte des arbeitenden Volkes. So hat der Bundesverband Junger Unternehmer (BJU) jetzt in aller Öffentlichkeit die Abschaffung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gefordert.

Im einzelnen fordert der BJU folgende Maßnahmen und Einschnitte, die bei ihrer Verwirklichung die völlige Demontage der seit 1969 durch Bundesgesetz geregelten Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bedeuten würden:

- Anwendung des sogenannten Verursacherprinzips: Demnach soll, wer durch „eigenes Verschulden" oder „Fahrlässigkeit" krank bzw. arbeitsunfähig wird, für den „Schaden selbst aufkommen". Als Beispiele für „Selbstverschuldung" werden angeführt: Beim Fußball den Fuß verknackst oder zu Hause von der Leiter gefallen. Schließlich — so der BJU zynisch — gelte ja auch für die Unternehmer das Verursacherprinzip, wenn sie für Umweltschäden haftbar gemacht würden, die sie zu verantworten hätten...
- Einführung der „Selbstbeteiligung der Arbeitnehmer": Wer krankgeschrieben sei, spare Fahrtkosten, esse zu Hause billiger, könne vieles erledigen usw. Ähnlich sei es bei einer voll bezahlten Kur, wo man sich günstiger stehe, als wenn man zu Hause lebe und zur Arbeit gehen müsse. Dieser „Vorteil" sei nicht zu rechtfertigen und müsse abgeschafft werden.
- Genereller Abbau der bisherigen Lohnfortzahlung: Statt der Weiterzahlung des Lohnes bzw. Gehalts sollen Krankgeschriebene nur noch einen Ausgleich in Höhe des um 15 Prozent aufgestockten Arbeitslosengeldes erhalten. In den ersten Wochen sei sogar ein Lohn- bzw. Gehaltsabzug von 20 Prozent zumutbar. Viele Krankschreibungen liefen doch ohnedies nur bis zum folgenden Wochenende.
- Als „psychologische Maßnahme" gegen den „Mißbrauch" seien Hausbesuche bei länger als drei bis fünf Tage Krankgeschriebenen angebracht. Diese Kontrollbesuche könnten etwa durch ein Betriebsratsmitglied erfolgen; es kämen dafür aber auch Rentner, die Betriebskrankenschwester oder der betriebliche Sozialarbeiter in Frage.

Diese „Forderungen" des BJU sind Punkt für Punkt eine einzige unerhörte Provokation und Beleidigung und zudem eine skrupellose Bedrohung der Arbeiter und Angestellten. Betroffen ist davon jeder Lohnabhängige, besonders jedoch die allerdings auf diejenigen, die es sowieso schon am schwersten haben: die gesundheitlich Angegriffenen, also die sozial Schwächsten. Das ist wieder einmal das alte Prinzip der Ausbeuter, daß sie ihre Schläge immer zuerst und am schärfsten gegen diese Gruppe richten.

Besonders weitgehend ist dabei das „Verursacherprinzip". Das zielt ja nicht allein auf die seit 1969 durch Bundesgesetz geregelte und unter anderem durch den schleswig-holsteinischen Metallarbeiterstreik von 1956/57 erkämpfte Lohnfortzahlung, sondern darüber hinaus auf die elementarste soziale Existenzsicherung für erkrankte Lohnabhängige überhaupt. In welchem Fall könnte denn nach dieser Logik kein „Eigenverschulden", etwa „Leichtsinn", „mangelnde Vorsorge" usw. ins Feld geführt werden?

Dahinter verbirgt sich die skrupellose Haltung: der Erkrankte soll gefälligst selbst sehen, wie er sein materielles Auskommen finden kann!

Wenn aus dem Unternehmerlager heute wieder derartige Dinge als „Forderungen" öffentlich aufs Tapet gebracht werden, so kann man das nicht ernst genug nehmen. Damit wird ein Klima erzeugt, in dem später Schritt für Schritt entsprechende Angriffe auf diese elementaren sozialen Rechte erfolgen werden. Die Lohnfortzahlung ist einer der Grundpfeiler unseres vielzitierten sozialen Netzes. Die Arbeiterklasse hat dieses „Netz" dem Kapital und seinem Staat unter schweren Anstrengungen und Opfern in jahrzehntelangen Ringen abgetrotzt.

Deshalb muß eine derartige Attacke, wie die des BJU, auf die schärfsten Protestmaßnahmen des DGB stoßen. Sie muß uns gleichzeitig ein Alarmsignal sein: Es wird höchste Zeit, konkrete gewerkschaftliche Aktivitäten und Aktionen zum Aufbau einer Kampffront gegen den Sozialabbau in Gang zu bringen! bringen!



Metallerstreik in Schleswig-Holstein 1956/57. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall mußte von der Arbeiterklasse hart erkämpft werden. Jetzt fordern die Unternehmer ihre Abschaffung.

Polizeigewerkschaft forderte das Lähmungsgas

Bürgerkriegswaffen mit dem Segen des DGB?

Neuer GdP-Vorsitzender lobt Gerold Tandler

DÜSSELDORF. — Die Ausrüstung der Polizei mit dem berüchtigten Kampfgas CS („Lähmungsgas") hat unter den fortschrittlichen Kräften, nicht zuletzt auch in den Gewerkschaften, Unruhe und Proteste ausgelöst. Ganz anders allerdings ist die Haltung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die seit drei Jahren in den DGB eingebunden ist. Nicht nur der bisherige GdP-Vorsitzende Schirrmacher, sondern auch sein Nachfolger Günter Schröder hat die Einführung dieser neuen Bürgerkriegswaffe begeistert begrüßt.

Das Kampfgas CS wurde bereits von den Amerikanern in Vietnam eingesetzt. Am 16. Dezember 1969 wurde dieses Giftgas von der Vollversammlung der UNO zur „unzulässigen Kriegswaffe" erklärt. Trotzdem wurde die Bundeswehr mit chemischen Handgranaten vom Typ CS ausgerüstet. Und jetzt soll es die Polizei sogar gegen demonstrierende Bürger einsetzen.

Schon bei geringen Konzentrationen entfaltet dieses Giftgas eine eklatante Wirkung: Es löst Angst- und Lähmungszustände aus, verbunden mit Atemnot, bis hin zu Atemstillstand. Es kann dauernde Schädigungen bewirken, bis hin zum Verlust des Augenlichts und zu dauernden Schädigungen der Atmungsorgane. Bei entsprechend stärkerer Konzentration wirkt dieses Kampfgas tödlich.

Der bisherige Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Schirrmacher, der vor kurzem auf den Posten des Polizeipräsidenten in Bielefeld überwechselte, äußerte sich anläßlich seiner Amtseinführung voller Begeisterung über die „sensationelle Wirkung" dieser neuen Bürgerkriegswaffe der Polizei. Für einen Mann, der bis dato als ein Repräsentant des Deutschen Gewerkschaftsbundes auftreten konnte, eine wahrhaft skandalöse Haltung.

Da mag vielleicht mancher abwinken: mit Schirrmachers Amtswechsel habe die Polizistenseele wieder Oberhand über den Gewerkschafter gewonnen... So einfach allerdings kann man sich die Sache nicht machen. Das verbietet allein schon die Tatsache, daß auch der neue GdP-Vorsitzende Günter Schröder kein Hehl aus seiner Zustimmung zu der Ausrüstung der Polizei mit dem Lähmungsgas macht.

Die Dinge liegen in Wirklichkeit so, daß die GdP schon seit jeher zu den lautstärksten Befürwortern einer immer perfekteren Ausrüstung der Polizei mit Waffen, Geräten und Mitteln für das möglichst effektive Einschreiten gegen Demonstrationen und Bürgerprotest gehört, daß sich dieser Polizeiverband immer wieder mit übler Hetze gegen Protestbewegungen und Demonstrationen profiliert und unverhohlen der polizeistaatlichen „Lösung" sozialer Konflikte das Wort geredet hat.

So erklärte etwa Schirrmacher aus Anlaß der Hausbesetzungsbewegung und der großen Protestdemonstration gegen das Atomkraftwerk Brokdorf vom 2. Februar dieses Jahres in Hamburg: *„Der Straßenterror in der Bundesrepublik hat das Maß des Erträglichen erreicht oder schon überschritten."*

Auch was das Lähmungsgas betrifft, so hat sich die GdP seit langem für seine Einführung als Polizeiwaffe stark gemacht. Im April dieses Jahres verschickte die GdP an die Regierungen, Parlamente und die Bonner Parteien ein Papier, dessen Zweck es war, Beschlüsse der Innenministerkonferenzen im Sinne des Ausbaues der bürgerkriegsmäßigen Ausrüstung der Polizeien „unterhalb des Schußwaffengebrauchs" zu fördern.

Dieses Papier trägt den vielsagenden Titel *„Demonstrationen und kriminelle Begleiterscheinungen der Gegenwart"*. Darin verlangt die GdP, daß die Ausstattung der Polizeien mit *„polizeitypischen Einsatzmitteln (Wasserwerfer, Waffen, Reizstoffe pp.)"* umgehend *„auf den neuesten Stand gebracht und vereinheitlicht"* werden sollen.

Öffentliche Äußerungen Schirrmachers beweisen, daß es die GdP in diesem Zusammenhang unter anderem direkt auf die Einführung des Lähmungsgases abgesehen hatte. Denn ebenfalls im April pries Schirrmacher in der GdP-Mitgliederzeitung „Deutsche Polizei" das Lähmungsgas als ein mit der „Achtung der Menschenwürde" zu vereinbarendes Kampfmittel an.

Schirrmacher widersprach in diesem Zusammenhang dem bayerischen Innenminister Gerold Tandler, der verharmlosend als Haupteffekt dieses Giftgases die Auslösung von Brechreiz genannt hatte. Schirrmacher griff aber keineswegs diese Verharmlosung Tandlers an, sondern er bestritt die von Tandler angesprochene Brechreizwirkung, die Schirrmacher ganz speziell als Verletzung der Menschenwürde sieht. Es gehe darum, schrieb Schirrmacher, *„das bisher angewandte Mittel CN durch das aus vielen Gründen bessere Mittel CS zu ersetzen"*.

Der Zynismus Schirrmachers, des angeblichen „Verteidigers der Menschwürde", wird sehr deutlich, wenn er über das „humane" CS-Gas in der „Bild"-Zeitung sagte: *„Wer dieses Zeug einmal kennengelernt hat, wird sich hüten, noch einmal damit in Berührung zu kommen"*.

Sieht Schirrmacher die Menschenwürde vielleicht deshalb geschützt, weil er von dem Lähmungsgas annimmt, es halte diejenigen, die seine Wirkung einmal zu spüren bekamen, fürderhin davon ab, überhaupt noch einmal eine Konfrontation mit der Polizei zu riskieren?

Der neue GdP-Vorsitzende Schröder steht seinem Vorgänger Schirrmacher in solchem Polizeistaatsdenken keineswegs nach. Davon zeugt seine Reaktion auf eine Äußerung des bayerischen Innenministers Tandler. Tandler ließ am Dienstag vergangener Woche der Öffentlichkeit neue Polizeiwaffen vorführen, darunter auch das Lähmungsgas. Zu dieser Vorführung (die ausgerechnet in Dachau stattfand) wußte Tandler folgenden bemerkenswerten Kommentar abzugeben: *„Als bayerischer Innenminister habe ich eine größere Verantwortung gegenüber den Polizisten als gegenüber den Demonstranten"*

Dieser Kernsatz eines hemmungslosen Vertreters des Polizeiterrors wurde vom neuen GdP-Vorsitzenden Schröder sofort mit der folgenden dankbaren Äußerung quittiert: *„Es tut immer gut, wenn ein verantwortlicher Minister aus seiner Fürsorge für die Polizeibeamten handelt."*

„Fürsorge für die Polizeibeamten" — unter diesem Motto betätigt sich die GdP als Lobby für die Aufrüstung der Polizei, als Anwalt der kapitalistischen Staatsgewalt innerhalb des DGB. Welch eine Pervertierung des gewerkschaftlichen Gedankens!

Fortschrittlichen Gewerkschaftern verbietet die DGB-Führung die Beteiligung an politischen Initiativen gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Die GdP jedoch darf im Namen des DGB den Ausbau der Polizei zur perfekt gerüsteten Bürgerkriegstruppe der Reaktion unterstützen, darf im Namen des DGB gegen den „Terror der Straße" hetzen.

Niemand sollte sich über den Charakter dieses Polizeiverbands dadurch täuschen lassen, daß die GdP heute noch den Einsatz von Handgranaten durch die Polizei offiziell ablehnt. Wer heute das Lähmungsgas als „humane Waffe" bejubelt, wird in sogenannten „Notstandszeiten" auch bei Handgranaten und Maschinengewehren nicht pingelig sein!

Sind es heute Hausbesetzungen und Anti-Kernkraftdemonstrationen, gegen die „unsere" Polizei mit uneingeschränkter Billigung der GdP die „innere Sicherheit" des Ausbeuterstaates verteidigt, so werden es morgen Streiks und Arbeiterdemonstrationen sein, gewerkschaftliche Aktionen gegen Lohnabbau, gegen soziale Demontage und Kriegsgefahr.

Bei sogenannten wilden Streiks hat die Polizei übrigens schon in der Vergangenheit wiederholt ihre vornehme Zurückhaltung aufgegeben und gezeigt, was eine richtige Knüppeltruppe des Kapitals ist. Die GdP hat solche Einsätze stets voll gebilligt!

Wenn GdP-Vertreter sich zwecks „Image-Pflege" bisweilen mit „sozialen" und „progressiven" Sprüchen profilieren, so ändert das überhaupt nichts an dem reaktionären antigewerkschaftlichen, arbeiterfeindlichen Kern dieses Polizeiverbands. Die GdP ist eng mit jenen gesellschaftlichen und politischen Institutionen und Kräften verbunden, die heute im Dienste des Kapitals auf die offene und gewaltsame Unterdrückung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hinarbeiten.



Im Ernstfall ist die Polizei dafür da, gegen streikende Arbeiter vorzugehen. Bisher gab es zwar meist nur Polizeieinsätze bei sogenannten „wilden Streiks". Wenn sich die soziale Lage in der Bundesrepublik verschärft, wird sich dies aber ändern. Das Foto zeigt einen Polizeieinsatz gegen streikende Arbeiter von Dynamit-Nobel in Nürnberg im Jahre 1974.

Verfassungsschutzskandal Opel Bochum

Polizeiterror ausgeweitet: neue Hausdurchsuchungen

HBV verurteilt Polizeiaktion gegen Gewerkschafter

ESSEN. — Nachdem der Opel-Betriebsrat Peter Jasczyk (DKP) den Versuch des Verfassungsschutzes aufgedeckt hatte, ihn als Spitzel zu werben, organisiert der Staatsapparat einen Rachefeldzug, der jetzt mit weiteren Polizeiüberfällen und Hausdurchsuchungen fortgesetzt wurde.

Wie wir mehrfach berichtet haben, stellte Jasczyk in seiner Wohnung zusammen mit Freunden einen Verfassungsschutzagenten zur Rede, der ihn für Spitzeldienste im Betriebsrat, in der Gewerkschaft und in der DKP hatte werben wollen. Der Agent war ermächtigt, Jasczyk bis zu 2 000 DM „Gage" monatlich zu bieten. Jasczyk berichtete dann im IGM-Vertrauenskörper von Opel/Bochum über den Anwerbungsversuch und die Informationen, die dem Agenten entlockt werden konnten.

Die Reaktion des Staatsapparates: Den Spieß umdrehen und einen Rachefeldzug zu unternehmen. Plötzlich tauchten in der „Bild"-Zeitung und anderen Zeitungen Berichte auf, in denen es hieß, gegen Jasczyk laufe ein Ermittlungsverfahren, weil er den Verfassungsschutzagenten gefoltert und lebensgefährlich verletzt habe. Jasczyk erfuhr durch diese verlogene Greuelberichterstattung zum ersten Mal etwas von diesem Ermittlungsverfahren.

Vor einigen Wochen erfolgte dann die nächste Stufe: In aller Morgenfrühe wurde die Familie des Opel-Betriebsrates in ihrer Wohnung in Bottrop durch einen Polizeiüberfall aus dem Schlaf gerissen. Polizei hatte das Haus umstellt und drang in Jasczyks Wohnung ein, nahm eine Hausdurchsuchung vor, beschlagnahmte Fotos vom Warnstreik der Opel-Belegschaft bei der vergangenen Tarifrunde und nahm Jasczyk vorübergehend fest.

Die dritte Stufe kam nun am Montag vergangener Woche: Mehrere Essener Wohnungen (Peter Jasczyk wohnt in Bottrop bei Essen) waren das Ziel von Polizeiüberfällen. Auch der Vorsitzende des Fachgruppenvorstands Versicherungen der HBV-Gewerkschaft in Essen, Wolfgang Hausmann, wurde das Opfer eines derartigen Überfalls. Auch Hausmann mußte, wie die anderen Überfallenen, eine Hausdurchsuchung und eine erkennungsdienstliche Behandlung über sich ergehen lassen.

Hausmann war jedoch zu dem fraglichen Zeitpunkt, da die angeblichen „Folterungen" stattgefunden haben sollen, nachweislich nicht in der Wohnung von Peter Jasczyk, sondern leitete im Essener DGB-Haus eine Sitzung des Fachgruppenvorstands.

Die Polizei versuchte außerdem, auch in die Büroräume des DKP-Bezirksvorstands in Essen einzudringen. Eingedrungen ist sie auch in die Räume des Landesvorstands Ruhr-Westfalen der DKP-nahen Jugendorganisation SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend).

Der Fachgruppenvorstand Versicherungen der HBV/Essen hat gegen den Überfall der Polizei auf seinen Vorsitzenden Wolfgang Hausmann scharfen Protest eingelegt. In der Protesterklärung wird darauf verwiesen, daß gegen Wolfgang Hausmann *„aus völlig undurchsichtigen Gründen der Vorwurf der gefährlichen Körperverletzung an einem Beschäftigten des Verfassungsschutzes"* erhoben wird.

Weiter heißt es in der Erklärung: *„Diesen Versuch, einen aktiven Gewerkschafter und Betriebsratsvorsitzenden ins politische Zwielicht zu rücken, können wir als Gewerkschafter nicht ernst genug nehmen. Hier müssen die Hintergründe dieses unglaublichen Vorfalls restlos aufgeklärt werden! Bürger dieses Staates dürfen nicht zum Opfer solcher polizeilichen Willkürmaßnahmen werden. Dies gilt es, von uns allen aktiv zu verhindern."*

Wie inzwischen bekannt wurde, handelt es sich im Fall von Peter Jasczyk bereits um den dritten bekanntgewordenen Fall, wo der Verfassungsschutz sich an einen Opel-Betriebsrat heranmachte. Die IGM-Führung hat jedoch in diesen Fällen darauf verzichtet, die Öffentlichkeit zu informieren und für die Aufklärung und Unterbindung der Spitzeltätigkeit des Verfassungsschutzes aktiv zu werden.

Dies ist eine völlig inakzeptable Politik der IGM-Führung, die den Verfassungsschutzumtrieben in Betrieb und Gewerkschaft eindeutig Vorschub leistet.

Die KPD fordert deshalb:

- **Jegliche Bespitzelung der Belegschaften und ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertretung muß verboten werden!**
- **Verfassungsschutz raus aus den Betrieben!**
- **Die IG Metall muß entsprechende Schritte zur Verwirklichung dieser Forderungen einleiten!**

Für ein atomwaffenfreies Europa!

Friedensmarsch '81 auf dem Weg durch Westdeutschland

Interview mit einer Genossin der KPD

Von Kiel bis Münster führte der Weg der Friedensdemonstration, den skandinavische Frauen in Kopenhagen begonnen hatten, in Westdeutschland. Am 12. Juli wurde die holländische Grenze überschritten. Die gesamte Strecke in unserem Land legte auch eine Genossin der KPD aus Norddeutschland zurück. Sie besuchte die Redaktion „Roter Morgen" in Dortmund und berichtete uns von ihren Eindrücken. Unser Interview geben wir hier aus Platzgründen stark gekürzt wieder.

Welche Bestrebungen stehen hinter der Idee, diesen Friedensmarsch durch Europa durchzuführen?

Jeweils zehn Frauen aus den vier skandinavischen Ländern bilden den Kern des Friedensmarsches, der am vorletzten Sonntag in Kiel eintraf. Da kamen etwa 300 Leute mit der Fähre an. In Dänemark wurde der Zug von etwa 5000 Menschen begleitet, er traf dort auf sehr herzliche Anteilnahme der dänischen Bevölkerung.

Die Frauen, die den Marsch initiierten, haben sich zur Aufgabe gesetzt, die Menschen in Europa auf die Frage der Bedrohung durch Atomwaffen aufmerksam zu machen. Das ist ja eine internationale Frage. Dänemark zum Beispiel ist direkt betroffen, wenn in der Bundesrepublik Atomwaffen stationiert werden. Die Idee ist, daß wir alle in unseren Ländern gemeinsam, jeder natürlich in erster Linie in seinem Land, etwas gegen die Bedrohung tun.

Deshalb der Marsch durch ganz Europa. Das Datum des abschließenden Friedensfestes 6. bis zum 8. August hat historische Bedeutung: Es ist der Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki.

Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit mit den deutschen Friedenskämpfern?

Das Problem der konkreten Aufgaben im Kampf um die Erhaltung des Friedens müssen die nationalen Friedenskräfte im wesentlichen selbst lösen. Da verzichtet der Zug bewußt auf irgendwelche konkreten Aussagen.

Dabei gab es leider ein Problem: Die skandinavischen Frauen wollen nicht, daß im Rahmen des Zuges solche konkreten Losungen, wie etwa „Raus aus der NATO", mitgetragen werden. Anfangs gab es sogar Schwierigkeiten, Parolen gegen den Nachrüstungsbeschluß mittragen zu können; die konnten dann aber nach einer Aussprache beseitigt werden.

Warum gibt es diese Bedenken dagegen?

Es geht den skandinavischen Frauen um eine größtmögliche Breite der Bewegung. Ihre einzige Parole ist eben die der atomwaffenfreien Zone in Ost und West. Der Ausgangspunkt ist eigentlich die Forderung nach einem atomwaffenfreien Nordeuropa, die in ihren Ländern von breitesten Teilen der Bevölkerung bis weit hinein ins konservative Lager unterstützt wird. Nun geht es bei ihnen auch darum, die Länder atomwaffenfrei zu halten, denn sie haben noch keine dort stehen. Bei uns stehen ja schon viele, und wir wollen keine neuen hier haben, und wir wollen es auch, daß die schon Vorhandenen verschwinden.

Die Frauen haben ein bißchen Angst, der Marsch könne von „linken Gruppen" dominiert werden. Das wollen sie nicht, da würden sie auch Schwierigkeiten mit den Unterstützern in ihrer Heimat bekommen, die den Marsch auch finanzieren.

Mit zur Verstärkung ihrer Ablehnung anderer Parolen auf dem Marsch hat das Verhalten der DKP in Kiel beigetragen, die den Zug mit vielen Parteifahnen und Transparenten wie: „Wir unterstützen den Moratoriumsvorschlag Breshnews" oder so ähnlich geradezu überfallen hat und damit der ganzen Sache ein völlig falsches Bild gab.

Hat der Zug eigentlich etwas mit der Russel-Peace-Foundation zu tun? Eine Losung, die mitgetragen wird, lautet ja: „Für ein atomwaffenfreies Europa von Polen bis Portugal", wie in dem Russell-Aufruf.

Nein, das ist nicht so. Die Formulierung dieser Losung, die hier in Westdeutschland mitgeführt wird, kommt wahrscheinlich aus Russell-Initiativen, weil diese wohl als erste Sympathien und Unterstützung für den Marsch angezeigt haben. Ich arbeite übrigens in einer solchen Initiative mit. Die DKP hat anfangs gar kein Interesse für den Marsch gehabt. Die Gruppe der Frauen, die den Marsch initiiert hat, umfaßt aber Menschen ganz verschiedener politischer Überzeugung und Organisationszugehörigkeit.

Trotz der bewußten Beschränkung der Propaganda im Zug hast Du doch aber für die KPD Propaganda gemacht. Wie kam das?

Ja, das habe ich durchgesetzt, daß ich dort, wo der Zug Rast machte, Materialien der Partei und des KJD verbreitet habe. Ich habe mir dazu einen Kittel genäht mit Forderungen der KPD, der vorne große Taschen für Zeitungen usw. hat. Und soweit ich noch Kräfte hatte nach dem sehr anstrengenden Marschieren, hab ich das Material dann unter die Leute gebracht.

Was waren Deine Erfahrungen dabei?

Da möchte ich zwei Sachen erwähnen. Einmal muß gesagt werden, daß fast überall Genossen der örtlichen Parteiorganisationen beim Empfang des Zuges dabei waren. Die haben bei der Propaganda, zum Beispiel bei der Verbreitung des Friedensplans, geholfen. Und dann war zum anderen das Interesse der Bevölkerung sehr groß.

Sicher gab es doch auch Gespräche, Auseinandersetzungen zwischen Euch Teilnehmern des Zuges.

Ja, sicher. Ich habe viele nützliche Gespräche geführt. Es kam zu manchem interessanten Meinungsaustausch. Ich traf unter anderem auch eine Genossin unserer dänischen Bruderpartei. Und eine wichtige Erfahrung war, daß unsere Forderung nach Neutralität gute Aussichten auf eine immer stärker werdende Unterstützung hat. Die Frage nach dem NATO-Austritt stellt sich ja eigentlich auch zwangsläufig, wenn man sich überlegt, wie man die Atomwaffen bei uns loswerden kann. Ich habe bei Mitdemonstranten viel Zustimmung gefunden, u.a. bei einem DKP-Mitglied.

Wie hat Euch die Bevölkerung aufgenommen?

Eigentlich überall sehr freundlich. Es wurden uns auch Privatquartiere zur Verfügung gestellt. Ansonsten sorgten örtliche Friedensinitiativen für uns. Und dabei sollte ein weiterer nützlicher Effekt des Marsches unbedingt erwähnt werden: In diesen örtlichen Initiativen fand eine verstärkte Diskussion statt, und überall kam man zu dem Ergebnis, daß in der Frage des Friedenskampfes alle an einem Strick ziehen müssen. Ich bin überzeugt, daß die, die gern aus parteipolitischen Gründen andere rausdrängen möchten — wie die DKP das oft der KPD gegenüber versucht — im Rahmen dieser Diskussionen ganz isoliert wurden.

Also ist auf jeden Fall eine positive Auswirkung auf die Friedensbewegung in unserem Land festzustellen.

Ja. Und wie gesagt, ich glaube, der Russell-Aufruf wird sich weiter verbreiten. Und unsere Neutralitätsforderung. Dabei darf man aber nicht übersehen: Die örtlichen Friedensinitiativen umfassen kaum Arbeiter. Da aber natürlich die Friedensbewegung nur erfolgreich sein kann, wenn sie von der Arbeiterklasse getragen wird, müssen wir auch und gerade innerhalb der Gewerkschaften den Friedenskampf verstärkt auf die Tagesordnung setzen und wirksame Kampfmaßnahmen einleiten bzw. unterstützen. Aber auf jeden Fall hat der Friedensmarsch der skandinavischen Frauen durch Westdeutschland einen positiven Beitrag zur Friedensbewegung geleistet, und er hat sicherlich auch — das merkte man in den vielen Gesprächen — den Initiatoren selbst neue Anstöße gegeben, neue Erfahrungen vermittelt. Denn als sie nach Deutschland kamen, hatten sie über die konkreten Bedingungen hier und über die Perspektiven der hiesigen Bewegung kaum Vorstellungen. Das hat sich natürlich jetzt geändert. Und so haben wir uns auch international besser verstehen gelernt.

Eine positive Forderung

Der nebenstehende Aufruf der Russel Peace Foundation gehört zu den Initiativen, mit denen man an vielen Orten der Bundesrepublik im Rahmen der gegenwärtigen Friedensbewegung konfrontiert wird. Im Vergleich zum Krefelder Appell und Listen, die die wesentlichen Forderungen des Appells aufnehmen, ohne die einseitigen Inhalte der dazugehörigen Krefelder Erklärung einzuschließen oder stillschweigend zu unterstellen, ist dieser Aufruf weniger verbreitet. Die KPD betrachtet ihn von seinem Inhalt her als einen positiven Beitrag zur Diskussion um weitere Schritte im Friedenskampf. Wenn wir auch nicht allen Ausführungen des Aufrufs zustimmen, so ist er doch von der Hauptforderung — atomwaffenfreie Zone — und von seinen wesentlichen Aussagen her unterstützenswert und hat im besonderen eindeutige Vorteile gegenüber der Krefelder Erklärung.

Diese Vorteile liegen besonders darin, daß dieser Aufruf keine Illusionen in die Beteiligung der heutigen Sowjetunion am internationalen Wettrüsten und am Schüren der Weltkriegsgefahr offenläßt. So geht auch die eindeutige Forderung an beide Supermächte, sämtliche Atomwaffen vom europäischen Territorium abzuziehen. Das paßt natürlich weder der UdSSR noch der westdeutschen DKP, die gern alle diejenigen aus der Friedensbewegung herausdrängen möchte, die nicht in der Moskauer Kremlspitze einen „natürlichen Verbündeten" dieser Bewegung sehen.

Der Aufruf beinhaltet weiter die Aufforderung zum Stopp der Stationierung der neuen Atomwaffen der USA in Westeuropa und der SS 20 der UdSSR in Osteuropa. (Wenn man die Formulierungen des Aufrufs beurteilt, muß man auch berücksichtigen, daß er inzwischen fast zwei Jahre alt ist.)

Der Aufruf betont die konkrete Verantwortung der Bevölkerung in jedem einzelnen Land, die geeigneten Mittel zur Erreichung des gesteckten Ziels anzuwenden. Er schreibt keine Aktionsformen vor und warnt nur vor den zweifellos in starkem Maße vorhandenen Bestrebungen der Politiker in Ost und West, „die Bewegung zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren". Somit steckt der Aufruf der Friedensbewegung auch weder insgesamt noch in irgendeinem konkreten Land irgendwelche Grenzen. Er stellt die Bedeutung heraus, die eine atomwaffenfreie Zone in Europa, „von Polen bis Portugal", haben könnte. Er fordert auf zur Diskussion über die „Mittel und Strategien zur Erreichung dieses Zieles".

Somit kann man, speziell auch die KPD, im Zusammenhang damit ihre Vorstellungen über die Grundlage einer wirklich erfolgreichen Durchkreuzung der Ziele der US-, NATO- und Bundeswehr-Strategen, die Bundesrepublik im Sinne ihrer Kriegsstrategie als Raketenabschußrampe zu benutzen — die vollständige Lösung aus dem NATO-Pakt — in die Diskussion und die praktische Arbeit einbringen. Auch das ist etwas, was den Revisionisten der DKP überhaupt nicht in den Kram paßt.

Die Berechtigung der reinen Forderung nach der atomwaffenfreien Zone schließlich, deren Anerkennung ein weiterer Schritt über die Abwehr der Pershing 2 und Cruise Missiles hinaus bedeutet, und so auch eingesetzt werden sollte, liegt auf der Hand. Würden die Supermächte durch eine Massenbewegung zum Abzug ihrer heute bereits stationierten Atomraketen „von Polen bis Portugal" gezwungen, wäre ihre Strategie zu großen Teilen durchkreuzt und wäre eine Situation geschaffen, die den Kampf in unserem Land für den Austritt aus der NATO wesentlich erleichtern würde.

Schwächen des Aufrufs liegen unter anderem in verschwommenen und unrichtigen Ausführungen über Kriegsschuld in der Vergangenheit, in der Erwähnung unwirksamer Aktionen wie die SALT-II-Verhandlungen usw. Das spielt aber eine insgesamt untergeordnete Rolle. Die hier fehlende Klarheit beeinträchtigt die berechtigten Kernaussagen nicht und wird sich mit großen Teilen der Unterstützer des Aufrufs herstellen lassen.

(Die Haltung der DKP zum Russell-Aufruf behandeln wir aus Platzgründen erst im nächsten „Roten Morgen" genauer.)

Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa

Russell Peace Foundation (Auszüge)

Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern er wird auch immer wahrscheinlicher. Ökonomische und soziale Schwierigkeiten in den entwickelten Industrieländern, Krisen, Militarismus und Krieg in der „Dritten Welt" bilden die Grundlage politischer Spannungen, die einen wahnwitzigen Rüstungswettlauf anheizen. In Europa, dem geographischen Hauptschauplatz der Ost-West-Konfrontation, tauchen neue Generationen immer mörderischerer Atomwaffen auf. [...]

Während jede Stelle sich bemüht, ihre Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen unter Beweis zu stellen, um so deren Einsatz durch die andere Seite zu verhindern, werden neue, „einsatzfähigere" Atomwaffen entwickelt und wird die Öffentlichkeit mehr und mehr an die Vorstellung eines „begrenzten" Atomkrieges gewöhnt. Das geschieht in einem solchen Umfang, daß diese paradoxe Entwicklung logischerweise nur zum tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen führen kann.

Keine der führenden Mächte ist heute in einer moralischen Position, aus der sie kleinere Länder zum Verzicht auf Atomwaffen bewegen könnte. [...]

Seit Jahren drängt die öffentliche Meinung auf atomare Abrüstung und Entspannung zwischen den rivalisierenden militärischen Blöcken. Dieses Bemühen ist erfolglos geblieben. Ein wachsender Anteil des weltweiten Wirtschaftspotentials wird auf Rüstung verwendet, obgleich die gegenseitige Vernichtung längst im Übermaß gewährleistet ist. Diese ökonomische Belastung trägt im Osten und im Westen zu wachsenden sozialen und politischen Spannungen bei und setzt einen Teufelskreis in Bewegung, im dem das Wettrüsten von der Instabilität der Weltwirtschaft zehrt und umgekehrt: ein tödliches Wechselspiel.

Wir befinden uns heute in großer Gefahr. Generationen sind im Schatten eines Atomkriegs aufgewachsen und haben sich an die Bedrohung gewöhnt. [...] Unterdessen hat sich in unserer Welt, die unter ständiger Bedrohung lebt, in beiden Hälften Europas Furcht ausgebreitet. Die Macht der Militärs und der inneren Sicherheitsorgane wird erweitert. Freier Austausch von Gedanken und Verkehr von Personen werden Beschränkungen unterworfen, und die Bürgerrechte unabhängig denkender Menschen sind im Osten wie im Westen gefährdet.

Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen und militärischen Führern des Ostens und des Westens. Schuld trifft beide Kontrahenten gleichermaßen. Beide haben eine drohende Haltung angenommen und in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionsakte begangen.

Es liegt bei uns, dagegen etwas zu tun. Wir müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, das gesamte Territorium Europas, von Polen bis Portugal, von atomaren Waffen, von Luft- und U-Boot-Stützpunkten und von allen Einrichtungen freizumachen, die mit der Erforschung und Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind. Wir fordern die beiden Supermächte auf, sämtliche Atomwaffen vom europäischen Territorium abzuziehen.

Insbesondere fordern wir die Sowjetunion auf, die Produktion der SS-20-Mittelstreckenraketen einzustellen, und ersuchen wir die Vereinigten Staaten, ihren Beschluß über die Entwicklung von Marschflugkörpern [cruise missiles] und Pershing-II-Raketen zur Stationierung in Westeuropa nicht durchzuführen. Ferner drängen wir auf die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens, einen notwendigen Schritt auf dem Weg zur Wiederaufnahme von effektiven Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

Gleichzeitig müssen wir das Recht aller Bürger in Ost und West verteidigen und ausweiten, an dieser gemeinsamen Bewegung und an jeder Art von Meinungsaustausch teilzunehmen.

Wir appellieren an unsere Freunde in Europa gleich welchen Glaubens und welcher Weltanschauung, intensiv darüber nachzudenken, auf welche Weise wir für diese gemeinsamen Ziele zusammenarbeiten können. Wir stellen uns eine gesamteuropäische Kampagne vor, in der die verschiedensten Formen des Austauschs stattfinden, in der Vertreter verschiedener Länder und Meinungen miteinander beraten und ihre Aktionen koordinieren und in der die mehr informellen Begegnungsformen zwischen Universitäten, Kirchen, Frauenorganisationen, Gewerschaften, Jugendorganisationen, Berufsorganisationen und Individuen für ein gemeinsames Ziel genutzt werden: Ganz Europa von Atomwaffen zu befreien.

Wir müssen lernen, nicht gegenüber dem „Osten" oder „Westen", sondern untereinander loyal zu sein, und wir müssen uns über die von den Nationen verhängten Verbote und Beschränkungen hinwegsetzen.

Es liegt in der Verantwortung der Bevölkerung jedes Landes, auf die Beseitigung von Atomwaffen und Stützpunkten in Europa, zu Land und zu Wasser, hinzuarbeiten und über die ihrem Land angemessenen Mittel und Strategien zur Erreichung dieses Zieles zu entscheiden. Diese werden von Land zu Land verschieden sein; wir sind nicht der Ansicht, daß eine einheitliche Strategie durchgesetzt werden muß. Aber dies muß Thema einer transkontinentalen Bewegung sein, in der alle möglichen Formen des Austauschs stattfinden können.

Wir müssen uns allen Versuchen von Politikern aus Ost und West widersetzen, diese Bewegung zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren. Wir wollen weder der NATO noch dem Warschauer Vertrag Vorteile verschaffen. Vielmehr muß es unser Ziel sein, Europa aus der Konfrontation zu lösen. Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durchzusetzen und schließlich die großen Machtblöcke aufzulösen.

Wenn wir an unsere europäischen Landsleute appellieren, so bedeutet das nicht, daß wir der übrigen Welt den Rücken zukehren. Indem wir für den Frieden in Europa arbeiten, arbeiten wir für den Frieden in der Welt. Europa hat schon zweimal in diesem Jahrhundert seinen zivilisatorischen Anspruch mit Füßen getreten. Indem es zwei Weltkriege angezettelt hat. Dieses Mal müssen wir unsere Schuld gegenüber der Welt begleichen, indem wir zum Frieden anstiften.

Dieser Appell wird wirkungslos bleiben, solange er nicht von zielbewußten und phantasievollen Aktionen begleitet wird, die mehr Menschen für seine Unterstützung gewinnen können. Wir müssen der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa überwältigenden Nachdruck verleihen.

Wir wollen der Bewegung weder Uniformität aufzwingen noch den Überlegungen und Entscheidungen der zahlreichen Organisationen vorgreifen, die schon ihren Einfluß zugunsten von Abrüstung und Frieden geltend machen. Aber die Zeit drängt.

Meldungen

Kripochef „rehabilitiert"

RECKLINGHAUSEN. — Wieder im Amt ist der Stellvertretende Kripochef von Recklinghausen, Lohmüller, bei dem man Nazi-Literatur gefunden und dem man Geldüberweisungen an faschistische Vereine nachweisen konnte.

Man schenkte seinen neuen Ausflüchten Glauben, das alles sei nicht von ihm, sondern von seinem Sohn gemacht worden, der allerdings ein bekannter Neonazi ist. Er erschien unter anderem in Bundeswehr-Uniform am Grab des Nazi-Kriegsverbrechers Dönitz... Behilflich bei der Rehabilitierung des Recklinghäuser Polizeiführers war übrigens der Nazi-Rechtsanwalt Schöttler, der sich zum Beispiel durch die Verteidigung des Chefs der berüchtigten Kamener Harting-Bande im vergangenen Jahr einen Namen gemacht hat. Und er soll für Lohmüller auch noch einen Schadensersatzanspruch von 20000 DM gerichtlich durchsetzen.

Nur sieben Jahre für Nazi-Mörder

KIEL. — Zu nur sieben Jahren Gefängnis wurde der „Eichmann von Belgien", Kurt Asche, am 8.7. in Kiel verurteilt.

Nachgewiesen wurde ihm die Mitverantwortung für die Deportation von über 25000 belgischen Juden zur Vernichtung nach Auschwitz. Asches Unschuldsbeteuerungen brachen vor Gericht restlos zusammen. Deshalb hatte eine Nebenklägerin völlig zu Recht eine lebenslängliche Freiheitsstrafe beantragt. Der Staatsanwalt hatte zwölf Jahre gefordert. Das Gericht aber meinte, aufgrund des Alters und des Gesundheitszustandes des Verbrechers das Strafmaß „nicht voll ausschöpfen" zu sollen. Welches Mitgefühl für einen faschistischen Massenmörder! Es steht sogar zu befürchten, daß Asche für haftunfähig erklärt wird.

Mit großer Empörung reagierten die Zuschauer auf das Urteil. Fast 100 Menschen waren anwesend, darunter 40 Belgier und sechs Menschen aus Israel. Der Kieler Arbeitskreis Asche-Prozeß führte vor und nach dem Urteil antifaschistische Veranstaltungen und Mahnwachen, zum Teil zusammen mit belgischen und israelischen Überlebenden und Widerstandskämpfern, durch. Dabei wurde u.a. ein Film gezeigt und über die Perspektiven des antifaschistischen Kampfes heute diskutiert.



Asche

Die terroristischen Nazi-Vereinigungen müssen zerschlagen werden

Enthüllungen über Hoffmanns WSG — Grundlage für offensiven Kampf

„Das waren wir!" — Zitat: Wehrsportgruppenführer Karl-Heinz Hoffmann im Libanon. Bezug: das Massaker auf dem Münchner Oktoberfest im vergangenen Jahr.

„Es gibt bisher keinerlei Anhaltspunkte für eine Beteiligung der ‚Wehrsportgruppe Hoffmann' an dem Sprengstoffanschlag auf der Theresenwiese in München am 26. September 1980". Zitat: Bundesanwalt Rebmann, Juli 1981.

Die Bemühungen, „das Gespenst eines gefährlichen Rechtsradikalismus hochzuspielen (...) widerlegt der Verfassungsschutzbericht (Bayern 1980) eindrucksvoll." Zitat: „Bayernkurier", Juni 1981.

„Das Verbot der ‚Wehrsportgruppe Hoffmann', das die hervorragende Vorarbeit des bayrischen Verfassungsschutzes ermöglicht hat, (hat) offenbar seine Wirkung bereits gezeigt." (Ebenda)

Noch immer leiden die überlebenden Opfer des Oktoberfest-Anschlags unter ihren Verletzungen, stehen sie vor einer ungewissen Zukunft. Mindestens 26 von ihnen sind zu 100 Prozent erwerbsunfähig. Immer dringender werden die Beweise für eine Verantwortung und Mittäterschaft Hoffmanns und anderer Mitglieder seiner Bande an der blutigsten faschistischen Mordtat der Nachkriegszeit in Deutschland. Und immer noch, immer hartnäckiger und mit immer fadenscheinigeren Begründungen, versuchen Politiker und Staatsanwälte, den faschistischen Gewaltverbrecher Hoffmann von dieser Mittäterschaft freizusprechen.

Hoffmanns Verhaftung vor kurzer Zeit ist ja keineswegs das Ergebnis gründlicher Ermittlungsarbeit gewesen. Sie erfolgte gezwungenermaßen nach dem umfassenden Geständnis des abgesprungenen Studenten Odfried Hepp, der über die Bemühungen Hoffmanns berichtete, im Libanon eine weitere bewaffnete Gruppe aufzubauen. Hepp und seine Kumpane Hamberger und Fraas gaben auch die detaillierten Hinweise, die zur Aufdeckung des Sprengstofflagers auf dem Hoffmann-Sitz Schloß Ermreuth führten. Hoffmann-Anhänger Hepp war Führer der „Wehrsportgruppe Schlageter" Ortenau und Mitglied einer „Kampfgruppe Schwarzwald". Hepps Name stand im Notizbuch des Oktoberfest-Attentäters Köhler, der in der Hoffmann-Gruppe ausgebildet wurde. Und: Hepp wohnte in Frankfurt mit dem Doppelmörder Schubert von dem faschistischen VSBD zusammen.

Im Libanon fanden sich auch Hoffmann-Leute wieder, die bereits kurz nach dem Oktoberfest-Attentat mit Militärlastwagen in den Libanon wollten und von österreichischen Grenzern aufgehalten wurden. Die deutschen Zöllner hätten sie nicht gestoppt. Da man sie nicht etwa festnahm, gelang ihnen der zweite Versuch kurz darauf per Flugzeug.

Weitreichende Verbindungen

Sowenig die Verhaftung Hoffmanns das Zeichen einer verschärften Verfolgung der faschistischen Mörder ist, sowenig stimmt es, das mit seiner Festnahme die Hoffmann-Bande jetzt tot sei. Aus dem oben gesagten ergibt sich schon ein Teil der weitreichenden Verbindungen der Hoffmann-Leute. Da wären auch noch andere Gruppen zu nennen, wie die norddeutsche Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS), kürzlich in den Schlagzeilen wegen eines brutalen Fememords. Ein Femomord, wie ihn Hoffmann allen Anzeichen nach selbst im Libanon an einem abtrünnigen Gruppenmitglied verüben ließ. Man höre den ANS-Führer Michael Kühnen: „Wir sind im rechten Lager nicht so zersplittert, wie es scheint", usw. usf. Da wäre die Harting-Bande in Kamen. Da wäre nicht zuletzt die Albrecht-Bande in Dortmund, deren bekannte Mitglieder zur Zeit in Kleve vor Gericht stehen, die große Waffen- und Sprengstofflager angelegt hat.

Wie sieht denn nun die Verfolgung Hoffmanns und seiner Gesinnungsgenossen jetzt aus?

Schonende Behandlung

Erstmals wird gegen Hoffmann wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung" ermittelt. Das wurde mehr als Zeit. Die Forderung nach dieser Maßnahme haben Antifaschisten schon jahrelang erhoben. Immer wurde sie zurückgewiesen, man ließ der Bande Zeit zur Vorbereitung und Ausübung des Oktoberfest-Attentats, der Festigung ihrer Verbindungen und zum Aufbau neuer Gruppen in der Folgezeit. Das Verbot der WSG nach vereinsrechtlichen Gesichtspunkten Anfang des Jahres war ein Hohn. Hoffmann wirkte weiter, erhielt sogar weiter finanzielle Unterstützung über ein öffentlich bekanntes Konto. Was bei den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft letztendlich herauskommt und wie Hoffmann bestraft werden wird, steht noch in den Sternen.



Hoffmann-Bande bei militärischer Ausbildung.

Und: die Beteiligung am Oktoberfest-Attentat wird immer noch in Frage gestellt! Um Hoffmann und seine Freunde nicht als Mörder enttarnen zu müssen, schweigt man sich auch über seine und seiner Partnerin Birkmann Beteiligung an der Ermordung des jüdischen Verlegers Levin und dessen Lebensgefährtin Poeschke, auf die alle Verdachtsmomente hinweisen, aus!

Und: Gegen die anderen „Wehrsportgruppen" und bekannten bewaffneten Banden wird immer noch kein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet! Das höchste der Gefühle ist, daß vereinzelte allzu dreiste Nazi-Verbrecher wegen verschiedener Einzeldelikte Strafen erhalten. Oft nur Geldstrafen. Haftstrafen werden oft zur Bewährung ausgesetzt. Die Begründungen sind offene Ermutigungen für die Verbrecher.

Ein Beispiel: Im März dieses Jahres standen zwei VSBD-Mitglieder vor Gericht, die im Januar 1980 zusammen mit dem bekannten Frank Schubert antifaschistische Bürger Frankfurts angegriffen und dabei etwa zehn Personen zum Teil schwer verletzt hatten. Die Strafen bewegten sich zwischen drei Wochen Arrest und zwei Jahren Haft — mit Bewährung! Der Kommentar des Richters: Durch die Aussetzung zur Bewährung solle „eine weitere Stigmatisierung (Brandmarkung, Abstempelung — Red.) vermieden" werden; **„politische Defizite, wie sie in rechtsextremistischen Einstellungen deutlich werden, können nicht durch Strafen ausgeglichen werden."**!

Ein sehr schlechter Witz, gerade angesichts des munteren Treibens von Hoffmann und seinesgleichen, bei denen man sich jahrelang um eine Brandmarkung herumgedrückt hat, von einem „Ausgleich politischer Defizite", einer demokratischen Erziehung womöglich zu sprechen, die durch milde Behandlung der Gewalttäter erreicht werden könnte! Der naheliegendste Beweis: die Geschichte des VSBD-Mannes Schubert zeigt doch sehr deutlich, welche Schule des Terrorismus die militanten Nazi-Banden sind. Es beweist, daß eine milde Behandlung der Nazi-Terroristen immer wieder zu neuen Mordtaten führt. Zu Mordtaten, an denen die, die die beschriebene Linie gegenüber den Nazis verfolgen, ein deutliches Maß an Schuld tragen!

Finstere Absichten

Hinter dem Verhalten der staatlichen Organe gegenüber den Nazi-Terroristen steckt eine bestimmte politische Absicht. Man benutzt die braunen Verbrecher in bestimmtem Umfang im Rahmen des Kampfes zur Niederhaltung der demokratischen und revolutionären Bewegung. Man wird auch ihr Angebot, gegen die Arbeiterbewegung und die Kommunisten einsatzbereit zu sein, mit Wohlwollen aufgenommen haben. Und daß an eine Ausrottung der faschistischen Ideologie von staatlicher Seite aus nicht gedacht ist, erklärt sich auch aus der Entstehungsgeschichte und dem Charakter des westdeutschen Staates, bei dessen Geburt bewährte Hitler-Faschisten Pate standen, sehr einleuchtend.

Es ist klar, daß dieser Staat kein Interesse daran hat, von sich aus das ganze Ausmaß terroristischer Verschwörung und Organisation aufzudecken, das hinter dem Oktoberfest-Attentat steht. Mit dem Eingeständnis, daß dieses blutige Gemetzel von Neofaschisten, und darüberhinaus von lange als Terroristen bekannten Neofaschisten, begangen wurde, sähe sich der Staat nicht nur einer noch weitaus schärferen nationalen und internationalen Kritik ausgesetzt. Er wäre auch gezwungen, etwas gegen die faschistischen Umtriebe zu unternehmen, die er doch in sein eigenes politisches Spiel einbezieht, mit denen er rechnet. Die liebste These der reaktionären Politiker, „rechte und linke Extremisten" gleichzustellen und sich selbst im Kampf gegen sie — der in Wahrheit allein gegen links geht — als „demokratische Ordnungsmacht" zu profilieren, würde noch weiter erschüttert — erschüttert auch in den Augen vieler, die die gängigen Lügen heute noch nicht durchschauen. Deshalb wehrt man sich nach Kräften dagegen. Damit steht die bayerische Staatsregierung um Franz Josef Strauß nicht allein; da zieht die Bonner SPD-Regierung, da zieht die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mit.

Es ist ja auch bekannt, daß gerade Strauß geplant hatte, auch das faschistische Massaker als Anlaß zu einer Verteufelung der **antifaschistischen** Kräfte auszunutzen, indem er versuchte, auch hier „linke Gewalttäter" als Drahtzieher hinzustellen. Und wäre nicht durch einen glücklichen Zufall der Mörder und Faschist Köhler selber umgekommen, dann hätte dieses Land einen Feldzug gegen alles Linksverdächtige erlebt, der alles bisherige in den Schatten gestellt hätte.

Die faschistische Rechnung durchkreuzen!

Deshalb müssen die Antifaschisten in unserem Land die jetzt unwiderlegbaren Beweise gegen Hoffmann aufgreifen, bekanntmachen und noch entschiedener kompromißlose Maßnahmen gegen diese Verbrecher fordern, zu denen auch eine vollständige Offenlegung aller Erkenntnisse über ihn gehören muß. Die deutlich zutagegetretene Mitschuld Hoffmanns an der Münchner Bluttat muß ausgenutzt werden, überall das Verbot und die strengste Bestrafung der Mitglieder aller terroristischen Nazi-Vereinigungen zu fordern und ihre Durchsetzung zu erkämpfen. Hoffmann und seine Freunde, die jetzt bereits sitzen, dürfen nicht mehr freikommen!

Wichtig für uns ist es auch, die Verbindungen von Hoffmann und Konsorten zur legalen faschistischen Partei, der NPD, aufzuzeigen. Denn es ist eine Tatsache: Diese Verbindungen sind eng, wenn sie auch aus verständlichen Gründen geheimgehalten werden.

Wir sind der Meinung: wir, unsere Partei, die KPD, müssen uns noch entschiedener und zielklarer als bisher für das Verbot der NPD einsetzen, um wichtige Positionen des Neofaschismus in der Bundesrepublik und Westberlin zu zerstören.

Dazu und zu verschiedenen Fragen, die mit diesem Kampf in Zusammenhang stehen, werden wir in den folgenden Nummern des „Roten Morgen" eingehender Stellung nehmen, um unseren Lesern den Standpunkt der KPD zu erläutern und unseren Genossen und Freunden zu helfen, den Kampf gegen den Neofaschismus, den Kampf für das Verbot der NPD, zu organisieren.

Meldungen

Berufsverbot für RHD-Vorsitzenden abgeschmettert

BREMEN. — Jürgen Janz, Vorsitzender der Roten Hilfe Deutschlands, errang am 3. Juni einen Erfolg vor Gericht im Kampf gegen ein Berufsverbotsverfahren.

Dieses Verfahren hatte der Bremer Senat 1975 eingeleitet; wegen „mangelnder Verfassungstreue" wurde J. Janz seitdem vom Dienst suspendiert. Ausgangspunkt des Verfahrens war J. Janz Beteiligung an einer Mai-Demonstration unserer Partei im Jahre 1975. Viele Schüler waren damals für ihren Lehrer auf die Straße gegangen. Im Verlaufe des Verfahrens hatten die Behörden versucht, J. Janz Tätigkeit für die RHD als „Dienstvergehen" zu werten und zur Erhärtung der Berufsverbotsforderung hinzuzuziehen.

Das Bremer Verwaltungsgericht befand nun, Jürgen Janz habe sich zwar strafbar gemacht durch sein Vorgehen gegen das drohende Berufsverbot (!) — er hatte u.a. einen Offenen Brief verfaßt und einige Zeit trotz Verbots weiterunterrichtet — und legte ihm deshalb eine Geldstrafe auf. Den Antrag des Senats auf Dienstentlassung aber wies es zurück. Die beiden obengenannten „Entlassungsgründe" seien keine. Wenn das Urteil rechtskräftig wird, kann Jürgen Janz seinen Beruf als Studienrat wieder ausüben.

CS-Gas bald im Einsatz

DACHAU/WESTBERLIN. — Ausgerechnet Dachau sucht sich die bayerische Regierung aus, um die bevorstehende Verwendung von CS-Gas gegen Demonstranten zu verkünden. Wenige hundert Meter von den Massenmordanlagen des Nazi-KZs wird der Einsatz eines neuen Giftgases gegen die Menschen unseres Landes vorbereitet (vgl. Artikel auf Seite 5). In-zwischen zeigt sich, daß es noch mehr Menschen gibt, die in allernächster Zeit den Geist von Dachau wiederaufleben lassen wollen. Der Westberliner Polizeisenator Lummer verkündete die Verwendung des Gases, wenn es sich in Bayern „bewährt" habe.

Es muß hervorgehoben werden, das dieses Gas das Mittel ist, das der Polizei als eine der effektivsten Waffen zur Bekämpfung von Massenkämpfen erscheint. Was hier bevorstet, ist die Generalprobe für den Bürgerkrieg. Wenn dieses Vorhaben nicht gestoppt wird, ist die Zeit nicht mehr fern, da auch streikende und demonstrierende Arbeiter damit beschossen werden. „Krisenbewältigung" im Sinne des kapitalistischen Staates!

Mit Genugtuung werden die bayerischen und Berliner Reaktionäre die Demonstration der Wirksamkeit des Kampfgases beobachtet haben, die dieser Tage im Süden Englands gegen arbeitslose Jugendliche erfolgt ist.

Deutsch-amerikanische Freundschaft

OSTERHOLZ-SCHARMBECK (Volkskorrespondenz). — Ein Schützenfest sollte mit einem deutsch-amerikanischen Freundschaftsfest verbunden werden. (In Osterholz-Scharmbeck sind amerikanische Einheiten stationiert). Es wurde der Standortkommandant General Anderson erwartet, der auch zur Bevölkerung reden sollte. Außer den Schützen war nur sehr wenig Bevölkerung da, dafür aber etwa 200 Kriegs- und Raketengegner aus OHZ und die Initiative „Krieg dem Krieg", die KJD und die VOLKSFRONT hatten gegen das militärische Spektakel mobilisiert.

Nach dem Auftakt durch die Schützenkapellen kamen amerikanischen Einheiten in Kampfanzügen und Helmen mit ihren



„Ami go home!" — Das „Empfangskomitee" rückt an.


Gleich ist er bunt, der Bürgermeister, denn das Farbei (Pfeil) ist nicht aufzuhalten...

Standarten auf den Marktplatz marschiert, begrüßt von „Ami go home!" Vorsorglich zogen die Schützen rings um den Platz auf. Als der Bürgermeister die amerikanischen „Freunde" begrüßte und die deutsch-amerikanische Freundschaft erwähnte, ging ein Gepfeife und Buh-Rufen los, daß nichts mehr zu verstehen war. Die bereitstehende Bereitschaftspolizei zog jetzt auch eine Kette um den Platz. Der General konnte gar nicht mehr reden, da inzwischen die Lautsprecheranlage nicht mehr funktionierte. Er versuchte es trotzdem, wenn auch sehr kurz. Am Ende allerdings sahen er und der Bürgermeister ziemlich bunt aus. Die Polizei drängte die Demonstranten zurück. Die sammelten sich wieder und gingen wieder vor. Das ging noch ein paarmal hin und her. Schließlich zogen die Amerikaner ab. Da es jetzt nichts mehr zu schützen gab, zog auch die Polizei ab, von etlichen Leuten mit dem Hitler-Gruß verabschiedet und mit Sprechchören: „Polizei — SA — SS."

Am Rande des Gerangels fiel ein Polizeihund einen jungen Mann an, der mit dem Krankenwagen weggebracht werden mußte. Noch etwas am Rande: ein Verkehrsunfall, bei dem eine Radfahrerin verletzt wurde, wurde von der Polizei — die ja nur ein paar hundert Meter weiter stand — gar nicht beachtet.

Die Demonstranten versammelten sich wieder auf dem Marktplatz. Dort gab es eine makabre Denkmalsenthüllung mit einer ebenso makabren Rede: „Unser aller Sorgentöter", eine Rakete (Teil einer Übungsrakete vom amerikanischen Gelände bei OHZ) wurde auf einem Sockel mit der Inschrift „Nie wieder Krieg" der Öffentlichkeit übergeben. Danach formierte sich eine spontane Demonstration. Die meisten Teilnehmer blieben noch bis zum späten Nachmittag zusammen, um den Zug der Frauen gegen den Krieg, der von Kopenhagen ausgegangen war, in OHZ zu begrüßen. Eine Teilnehmerin des Zuges sagte, noch an keinem Ort seien sie von so vielen Menschen begrüßt worden.

Die KPD stellt sich vor

KPD
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Kurz informiert

Über uns und unsere Ziele

Die Kommunistische Partei Deutschlands, die KPD, setzt die revolutionäre Arbeit fort, die von Karl Marx und Friedrich Engels begonnen und von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann weitergeführt wurde. Im „Kommunistischen Manifest" von 1848 heißt es: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen."

Nichts zu verlieren als unsere Ketten, das gilt heute wie vor 100 Jahren. Trotz Kühlschrank, Waschmaschine, Fernseher oder eines eigenen Autos: wissen wir, ob wir morgen noch Arbeit haben, ob ein Arbeitsunfall, eine plötzliche Krankheit nicht all unsere Pläne, ob nicht ein Krieg alles, was wir uns hart erarbeitet haben, wieder zerstört? Nicht nur die Millionen, die heute schon am Rande des Existenzminimums leben, auch die, die noch Arbeit haben, leben noch immer, wie unsere Väter und Vorväter, von der Hand in den Mund.

Deshalb haben wir nicht nur unsere Ketten zu verlieren, sondern eine Welt zu gewinnen. Unsere Welt. Eine Welt ohne die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Eine Welt, in der wir, die werktätigen Menschen, das Sagen haben. Für diese neue, bessere Welt, den Sozialismus und Kommunismus, kämpfen wir. Nicht nur in West-, sondern auch Ostdeutschland, wo es die KPD, zwar verboten, — ebenfalls gibt. Denn die DDR ist schon lange kein Arbeiter- und Bauernstaat mehr, sondern ein Arbeiter- und Bauerngefängnis. Deshalb kämpfen die Mitglieder der KPD in der DDR gegen Honeckers SED-Regime, für die Wiedererrichtung des wahren, marx'schen Sozialismus.

***

Die KPD wurde zur Jahreswende 1968/69 gegründet und nannte sich damals KPD/ML, Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten. Jahrelang

Dieses neue Flugblatt der Partei, das gezielt eingesetzt werden sollte, wo es darum geht, die KPD in kurzen Zügen vorzustellen, kann ab sofort beim RM-Vertrieb bestellt werden.

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Antikriegsplakat

Keine Weltmacht widersteht der Macht der Solidarität!

WEG MIT DEN ATOMWAFFEN — ABRÜSTUNG JETZT!

Gegen NACHRÜSTUNG und MILITARISMUS
Für FRIEDEN und NEUTRALITÄT
BRD RAUS AUS DER NATO

KPD Kommunistische Partei Deutschlands
Kommunistische Jugend Deutschlands KJD

Die Hamburger Ortsgruppe der KPD hat ein Plakat mit einer Grafik und unseren Losungen im Friedenskampf hergestellt (Format DIN A1). Wer daran interessiert ist, kann es bis zum 24.7. bestellen beim:
Buchladen „Roter Morgen"
Schulterblatt 98
2000 Hamburg 6
Tel.: 040 / 4300709

Dialog mit der Jugend

WESTBERLIN (Volkskorrespondenz). — Anbei eine treffende Skizzierung, wie die Politiker den Dialog mit der Jugend suchen. Ich habe es dem Informationsblatt „Der Schöneberger Abriß" entnommen.

Interviewer: Sie sehen einen oder mehrere Jugendliche aus einem Haus kommen oder auf einem Platz stehen. Wie ist ihre erste Reaktion darauf?

Beamter: Ich überprüfe erst einmal, ob es sich wirklich um Jugendliche handelt oder um Kriminelle nach § 129, oder ob es sich um Terroristen handelt.

I.: Es handelt sich um mehrere Jugendliche. Wie verhalten Sie sich?

B.: Ich nehme einen Block mit vorgedruckten Haftbefehlen, gehe auf sie zu und suche den Dialog, indem ich die Personalien feststelle.

I.: Und was machen Sie dann?

B.: Ich fordere sie auf, die Hände hochzunehmen/ die Waffen wegzulegen und durchsuche sie.

I.: Womit begründen Sie dieses Vorgehen?

B.: Das Haus, das die Jugendlichen verließen, erschien mir besetzt, eine Brutstätte der Gewalt also. Wenn Sie sich diese Typen ansehen, wissen Sie, daß es sich hier um kriminelle Elemente handelt.

I.: Wie verhalten Sie sich weiter gegenüber den Jugendlichen?

B.: Ich ermittele nach § 129, Gründung einer kriminellen Vereinigung und §111, Aufruf zur Gewalttätigkeit.

I.: Moment, so geht das doch nicht, es liegen doch keine konkreten Anhalte vor.

B.: Doch, es ist zwar vorschnell, aber hier geht es ums Vorbeugen.

I.: Aber es fehlt doch immer noch der Anhalt.

B.: Ob Täter oder nicht, ob sie die Tat hinter sich haben oder ob sie vor ihnen liegt, sie wurde bereits begangen.

I.: Wie kommen Sie überhaupt dazu?

B.: Das ist doch logisch. Wir müssen bei der Jugend davon ausgehen, daß es sich um potentielle Straftäter handelt. Sie besetzen Häuser, wollen nicht arbeiten, wollen den Staat zerstören und begehen gewalttätige Demonstrationen. Jeder nicht verhaftete Hausbesetzer ist somit ein zukünftiger Terrorist.

I.: Wie gehen Sie bei Demonstrationen vor?

B.: Ich versuche erst einmal den Dialog herzustellen, im Guten, mit Chemical Mace und Kampfgas, das Brechreiz auslöst.

I.: Was machen Sie, wenn sich die Demonstranten darauf vorbereitet haben?

B.: Dann gehen ich auf Distanz und gebe zwei Warnschüsse ab.

I.: Warum?? Mit einer richtigen Schußwaffe??

B.: Nein, nur im Ernstfall. Ich schieße erst einmal mit Gummigeschossen.

I.: Ein Dialog auf Distanz also, doch warum müssen Sie auf Distanz gehen?

B.: Damit beim Warnschuß keine tödlichen Folgen eintreten; später kann die Waffe gezielt eingesetzt werden. Ein schlagkräftiges Argument im Dialog.

I.: Was geschieht, wenn eines ihrer Argumente tödlich ist? Hat das Folgen für Sie?

B.: Nein, sehen Sie, selbst heute, wo der Dialog nur mit Schlagstock und Schild ausgetragen wird, hat dieses für den Beamten, der einen Demonstranten verletzt, keine Folgen. Der Demonstrant hätte, wie jeder Bürger, zu Hause bleiben können und eine Herausforderung vermeiden sollen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Bericht aus dem Zentrum der Macht

Über den Roman „Ein Held der inneren Sicherheit“ von Friedrich Christian Delius

Friedrich Christian Delius

Der Boß der Bosse, der Chef des Arbeitgeberverbands, ist von Terroristen entführt worden und wird an einem unbekannten Ort gefangengehalten. Das ist der Ausgangspunkt des ersten Romans von F.C. Delius, „Ein Held der inneren Sicherheit.“

Zwangsläufig verknüpfen sich mit einem solchen Ausgangspunkt bestimmte Erwartungen des Lesers: auf eine literarische Bewältigung des „Deutschen Herbstes“ 1977, auf eine Beschreibung der Sympathisantenhatz und der widersprüchlichen Reaktionen von Angst und Widerstand, die sei bei den Betroffenen auslöste.

Wer solche Erwartungen an das Buch heranträgt, wird gründlich enttäuscht. Denn Delius wartet mit einer verblüffenden Sicht auf. Erzählt wird nicht aus der Perspektive eines „Sympathisanten“, sondern aus der eines Angestellten im Arbeitgeberverband. Der „Held der inneren Sicherheit“, das ist Roland Diehl, Ghostwriter des Entführten, ein Ideologe der „freien Marktwirtschaft“, der stolz den Spitznamen Chefdenker vor sich herträgt, den man ihm halb ironisch, halb bewundernd in der Kölner Zentrale des Arbeitgeberverbands verliehen hat.

Und dieser Verband ist dann auch der Hauptschauplatz von Delius' Roman. Die bekannten Kürzel BDA oder BDI jedoch tauchen in diesem Buch nicht auf. Die Rede ist vielmehr stets vom „Verband der Menschenführer“, und die Gewerkschaften werden hier als der „Partnerverein“ geführt. Und schließlich trägt auch der entführte Boß nicht den Namen Schleyer, sondern heißt Alfred Büttinger. Und wenn Delius seinem Buch auch noch den Hinweis vorausschickt, daß Personen und Institutionen die Produkte der poetischen Phantasie des Verfassers“ sind, dann könnte man solch eine Verschleierung als taktische Vorsichtsmaßnahme verstehen.

Und die wäre ja durchaus angebracht. Niemand weiß es besser als Delius selbst, der seit einem Jahrzehnt juristische Grabenkämpfe zu fechten hat. Auf sein Buch „Unsere Siemens-Welt“, eine parodistische „Festschrift zum 125jährigen Bestehen des Hauses“, reagierten die Herren dieses Hauses mit einem Prozeß, der sich über drei Jahre lang hinzog. Und gegenwärtig läuft ein Verfahren Horten contra Delius wegen eines Gedichts, in dem der Autor den Warenhauskönig demaskiert hatte.

Dennoch ist die Verfremdung der Namen im ersten Roman des F.C. Delius sicher mehr als nur ein Trick, um künftigen Prozessen zu entgehen. Der Autor hat nämlich nicht im Sinn gehabt, einen Schlüssel- oder Tatsachenroman im Stil von Bernt Engelmann zu schreiben. Sein Büttinger zum Beispiel ist durchaus kein Abbild Schleyers, er trägt neben Zügen aus dessen Biographie auch die Züge anderer Verbandsbosse aus der Nachkriegszeit (zum Beispiel die des berüchtigten Fritz Berg) und wird damit zur literarischen Widerspiegelung eines ganzen Typs von Unternehmerfunktionären, der die Entwicklungsperiode des sogenannten Wirtschaftswunders maßgeblich bestimmt hat.

Um bei Büttinger zu bleiben: Delius' Roman setzt nach dessen Entführung ein und endet zu einem Zeitpunkt, wo das Ende der Geiselnahme noch immer nicht abzusehen ist. Nicht aus den äußeren Umständen der Entführung aber bezieht der Roman seine Spannung. Schon auf der ersten Seite des Buches wird der Gekidnappte bezeichnet als einer, „der von seinen Feinden noch am Leben gehalten und von seinen Freunden schon zum Tode verurteilt war, was keiner wissen durfte und jeder ahnte.“ Über Büttingers Schicksal ist also längst entschieden, und Delius konzentriert sich in seinem Roman darauf, zu beschreiben, wie sich der Verband und vor allem Roland Diehl, der „Held“, auf die Ära nach Büttinger einstellen.

Das Bild des Entführten, von seinen Freunden zum Tode verurteilten und im Roman nicht anwesenden Bosses wird aus den Erinnerungen seines Ghostwriters Diehl rekonstruiert. So lernen wir Büttinger kennen als einen ehemaligen Nazi-Wirtschaftsfunktionär für die eroberten Gebiete, der nach der Zerschlagung des Faschismus in einem amerikanischen Internierungslager die „Wandlung zum Demokraten“ vollzogen hat. Er setzt sich im Lager von den „Hauruck-Nazis“ ab, die „immer noch der alten Herrlichkeit nachtrauerten.“ Ein Büttinger blickt in die Zukunft, und nicht ohne Stolz nimmt er für sich in Anspruch, während seiner Gefangenschaft schon lange vor Erhard und Müller-Armack im Kreis von Gleichgesinnten die Grundzüge einer künftigen „sozialen Marktwirtschaft“ diskutiert zu haben.

Statt Volksgemeinschaft nun Sozialpartnerschaft, daß ist Büttingers Erkenntnis über die notwendigen Formen kapitalistischer Herrschaft für die Nachkriegszeit. Damit wird er zum Mann des Ausgleichs, den auch die Führer des Partnervereins schätzen, zum vielbewunderten Sozialpolitiker und schließlich zum ersten Mann im Verband der Menschenführer. Einmal allerdings ist seine Karriere bedroht, als er — noch Vizevorsitzender im Verband — bei einem Arbeiterstreik allzu offenherzig seine Meinung äußert, man hätte ruhig mal einen totschießen sollen. Darauf nimmt ihn sein Vorgänger im Amt ins Gebet über den „Faktor Ehrlichkeit als Risiko-Faktor.“

„Und Büttinger hatte aus dem größten Fehler seiner Karriere gelernt und alle im Haus angehalten, daraus zu lernen, Parole ein für allemal: Erstens, nie öffentlich in Wut geraten. Zweitens, und das ist Büttingers große politische Leistung, nie ein Wort gegen Arbeiter, gegen die Menschen, die wir führen, aber immer gegen Interessenvertreter, Funktionäre, Aufrührer.“

Den Risiko-Faktor Ehrlichkeit auszuschalten, das ist die Aufgabe von Roland Diehl. Er, der früh gelernt hat, „wie man Überzeugungen leidenschaftlich vertritt, auch wenn man sie nicht hat“, sitzt an einer Schlüsselstellung in der Öffentlichkeitsarbeit des Verbands. Er muß die Strategien des Kapitals umsetzen in die bekannte Phraseologie vom Allgemeinwohl, eine Aufgabe, die er perfekt beherrscht.

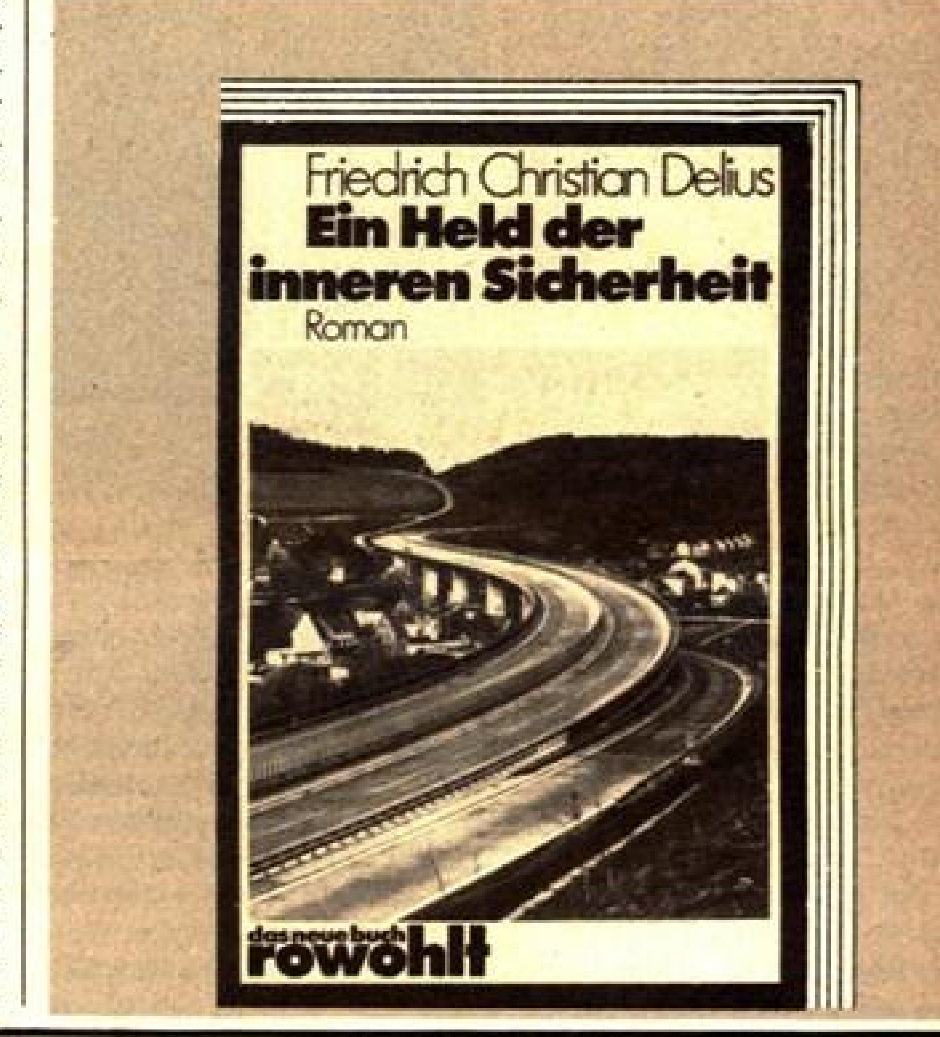
Mit Büttingers Entführung gerät Diehl jedoch in eine Krise. Die rührt zum einen von seiner Funktion her: Er muß nun Reden entwerfen und schreiben für einen, der längst zum Tode verurteilt ist. Zum anderen fühlt er sich durch das Fehlen von „Büttingers schützendem Schatten“ den Intrigen innerhalb des Verbands schutzlos ausgeliefert und entwickelt zunehmend Angst um seine Position.

Delius zeigt seinen Helden als einen Karrieristen, von Erfolgsgier getrieben, der im Gefüge des Verbands funktioniert wie ein Bauteilchen in einem komplizierten technischen Apparat. Ein Mann zudem, der auch seinen „Gefühlshaushalt“ — wie etwa im Verhältnis zu seiner Freundin — kalkuliert wie die Bilanz eines Wirtschaftsunternehmens, wo für getätigte Investitionen eben auch ein Profit erwartet wird. Diehls Ängste äußern sich in aggressiven Alpträumen, in denen er sich einmal als Befreier Büttingers, ein anderes Mal als PR-Chef der Entführer sieht. Es sind Ängste nicht nur vor dem Ausgestoßenwerden aus dem Apparat, auch Ängste vor einer Begegnung mit sich selbst.

Schließlich aber gelingt es ihm, sich vom Schatten Büttingers loszumachen; er faßt wieder Tritt und wird schließlich auf der Karriereleiter eine Sprosse weiter nach oben gestoßen. Delius verzichtet in seiner Gestaltung des „Helden der inneren Sicherheit‘, sowohl auf einen anklagenden Ton, wie auch auf satirische Elemente, die ja gerade bei diesem Stoff nahegelegen hätten. Er schreibt vielmehr aus der Sicht seines „Helden“ und handhabt dabei virtuos dessen Jargon, in dem es von Vokabeln wie Anspruchsdenken, Lohnunmaß, Ökopessimismus, Marsch in eine träge Gesellschaft usw. wimmelt.

Damit ist aber natürlich auch die Perspektive des Romans selbst äußerst begrenzt. Die ganze soziale und politische Wirklichkeit der siebziger Jahre kann gerade deshalb nur bruchstückhaft in dieses Buch einfließen, weil der „Held“ in einem Zustand fortgeschrittener gesellschaftlicher Isolierung lebt, die seine Existenz im Wesentlichen auf das Bürohochhaus des Verbands, auf sein Appartement und gelegentliche Rasereien mit dem BMW-Cabrio auf der Autobahn reduziert.

Man muß Delius aber allein schon die Tatsache hoch anrechnen, daß er sich zu einer Zeit, wo bei vielen Autoren der Rückzug in die Innerlichkeit angesagt ist, einem solchen Gegenstand zuwendet. Und trotz aller Begrenztheit ist der „Held der inneren Sicherheit“ nicht nur die gelungene Studie eines Karrieristen der jüngeren Generation. Er ist auch ein kenntnisreich geschriebener Bericht aus dem Inneren des Kapitals, ein Bericht, der — indem er die Sprache des Apparats selbst meisterhaft verwendet — die hinter dem Jargon verborgenen realen Strategien des Kapitals bloßlegt.





Am 7. Juli jährte sich zum 450. Mal der Todestag des Würzburger Bildhauers und Holzschnitzers Tilman Riemenschneider (unser Foto zeigt ein Selbstbildnis vom Marienaltar in Creglingen). Sein Werk, in dem er immer wieder Menschen aus dem Volk dargestellt hat, zeichnet sich durch eine kühne realistische Behandlung religiöser Stoffe aus. Als Ratsherr der Stadt Würzburg nahm Riemenschneider am Bauernkrieg von 1525 teil. Er wurde als „Rädelsführer“ eingekerkert und schwer gefoltert. Dennoch verweigerte er das ihm von den Schergen des Fürstbischofs abverlangte Schuldgeständnis. Nach der Volkslegende sind dem großen Meister während der Folter die Hände verstümmelt worden. Tatsache ist, daß er nach 1525 kein Werk mehr geschaffen hat.

Rowohlt Verlag Reinbek, das neue buch 153, 219 Seiten, 14 Mark.

Riemenschneider

Josef Krug

Das ist der Tilman Riemenschneider,
Bildschnitzer zu Würzburg am Main.
Er sitzt in der Werkstatt mit seinen Geselln;
die Meißel klingen am Stein.

Der Meister selbst schnitzt eine Figur;
sein Messer löst sorgsam die Spän',
hat Kleid und Gesicht schon herausgeschnitzt;
schon sind die Hände zu sehn.

Gefesselte Hände, sehnig und stark,
Hände vom Bauern, vom Knecht.
Das Messer hebt aus dem Holz der Hand
die Sehnen, das Adergeflecht...

Die Meißel klingen, es dringt ihr Klang
aus der Werkstatt zu Würzburg am Main.
Ein Bauer bleibt vor dem Fenster stehn,
schaut in die Werkstatt hinein.

Schaut auf den Meister, wie er schnitzt,
betrachtet das Schnitzwerk lang.
Ruft schließlich in die Werkstatt hinein,
hinein durch den Steinmeißelklang:

„Was schnitzt du da, Riemenschneider,
für ein Bildwerk schön und klar?
Ich kann mich nicht satt an dem Bildnis sehn,
es rührt mich sonderbar.

Das Gesicht, das du schnitzt, ist kein Bischofsgesicht,
das Kleid kein Fürstengewand;
die gefesselte Hand ist nimmermehr
die behandschuhte Fürstbischofhand.

Das ist nicht die stolze Hand, die herrscht
in der Festung über dem Main,
die Fürstbischofhand, die kalte, die glänzt
von Rubinen, dem roten Stein.

Die glänzt von dem roten Blut, das sie preßt
aus dem Land, aus dem Bauernstand.
Nein, Meister, die Hand, die du da schnitzt,
sieht aus wie meine Hand...

Der Riemenschneider wiegt den Kopf,
sieht schlau den Bauern an:
„Was ich schnitze, ist eine Heil'genfigur,
ein Sankt Sebastian.

— Dazu gab mir freilich ein Bauer Modell,
die Hände gezwängt vom Strick.
Drum sind mir geraten die Sehnen so stark
und die Adern so zornig dick.

Da ist eine Kraft in dem Menschen drin,
die herauswill und wächst und drängt;
und der Strick, der seine Hände umschlingt —
zuletzt wird er wohl gesprengt.

Zuletzt wohl werden die Hände noch
ergreifen die Waffen und Wehr'n.
Das mag auch das Evangelium sein,
das uns diese Hände lehr'n...“

Das Jahr verging, und ein Frühjahr kam.
Da standen die Bauern auf.
Ihr Kampfgeschrei klang durch das Taubertal;
sie zogen nach Würzburg hinauf.

Da war für den Riemenschneider auch Zeit;
da ließ er die Schnitzerein,
zog mit dem Heer auf Gedeih und Verderb
vor die Festung über dem Main...

Bedarf gedeckt

Der moderne Revisionismus sowjetischer Prägung, wie er von den Chruschtschowianern der KPdSU entwickelt wurde, ist das umfassendste und gründlichste System der Revision des Marxismus-Leninismus. Die Sowjetrevisionisten haben für alle Bereiche des Klassenkampfes und des gesellschaftlichen Lebens ausgearbeitete pseudomarxistische Theorien anzubieten — auch für den nationalen Befreiungskampf, die antiimperialistische Revolution.

Diese Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklung skizziert einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der zum Sozialismus führen soll. Diese Theorie wurde immer weiter ausgearbeitet, verbreitet und erweitert, je mehr der imperialistische Charakter der neuen sowjetischen Außenpolitik nach dem Machtantritt Breschnews deutlich wurde. Sie deckt den Bedarf der Moskauer Imperialisten nach einer Rechtfertigung für ihre Außenpolitik gegenüber den Staaten Afrikas und Asiens und in gewissem Maße auch Lateinamerikas. Heute gibt es verschiedene Varianten dieser Theorie, verschiedene politische Lehrmeinungen — aber auch hier liegt der Kern, der allen Varianten eigen ist, auf der Hand. Denn es ist unwesentlich, wieviele Etappen der Prozeß der nichtkapitalistischen Entwicklung umfaßt, bis er angeblich zum Sozialismus führt, denn dies tut er in Wirklichkeit ja nicht.

Ein Staat, der den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg einschlägt,sieht den revisionistischen sowjetischen Theoretikern zufolge folgendermaßen aus: revolutionärdemokratische Kräfte ergreifen die Macht, errichten einen nationaldemokratischen Staat, schaffen eine revolutionäre Partei und stellen enge Beziehungen zum sowjetischen Lager her.

An dieser relativ allgemeinen Beschreibung wird eines deutlich: auch hier wird nicht von gesellschaftlichen Klassen gesprochen. Nicht, daß gar nicht zugegeben würde, daß unterschiedliche Klassen bestehen — eben das unterscheidet ja diese Theorie von ihren reformistischen Konkurrenten, die im Dienste des westlichen Imperialismus wirken.

Das ganze Gebilde des Staates auf einem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg beruht auf Spekulationen mit Aussagen von Marx und Engels. Diese hatten bei verschiedenen konkreten geschichtlichen Untersuchungen festgestellt, daß durchaus eine Situation entstehen kann, in der ein Staat existiert, der nicht einer einzigen, bestimmten herrschenden Klasse dient.

Diese Bedingung, so die Revisionisten, sei in jenen Ländern gegeben. Es gibt noch keine starke Kapitalistenklasse, es gibt noch keine starke Arbeiterklasse, das Kleinbürgertum in Stadt und Land und die nationale Bourgeoisie sind antiimperialistisch eingestellt und gehen jenen Weg mit, der später, mit der Stärkung des Landes, zum Sozialismus führt, wobei das Kleinbürgertum die politische Führung innehabe.

Dies sei, so betonen die sowjetischen Revisionisten, eine Weiterentwicklung der Leninschen Aussage, daß es für Entwicklungsländer die Möglichkeit gäbe, das kapitalistische Entwicklungsstadium zu verhindern, durch die Hilfe des sozialistischen Lagers.

Gegenwärtige Fragen der nationaldemokratischen Revolution (IV)

Der „nichtkapitalistische Weg" in die Sackgasse

Wie die westlichen Imperialisten — siehe die letzte Folge unserer Reihe — haben auch die sowjetischen Sozialimperialisten eine Theorie, die sie je nach Bedarf in verschiedenen Variationen anbieten, um den Befreiungskampf der Völker in die Irre und in für die UdSSR günstige Bahnen zu leiten. Die Theorie der sogenannten „nichtkapitalistischen Entwicklung" ist von daher besonders wichtig, weil sie, im Unterschied zu früher behandelten Theorien, im marxistischen Gewand auftritt.

Nun: all diese Aussagen haben Marx, Engels und Lenin gemacht. Nur verdrehen die Revisionisten diese Aussagen in dem Sinne, daß sie zu allgemeingültigen Kategorien der gesellschaftlichen Entwicklung gemacht werden, so daß sie ihren benötigten Spielraum für ihre imperialistische Machtpolitik haben.



Breshnew und Sadat — einst galt auch er für den Kreml als Vertreter des nichtkapitalistischen Entwicklungswegs, der Assuanstaudamm war eines der Repräsentationsobjekte dieser Politik.

Denn: Die Erfahrung zeigt, daß wenn ein Staat besteht, der nicht einer bestimmten sozialen Klasse dient, alle vorhandenen Klassen danach trachten werden, sich diesen Staatsapparat unterzuordnen, ihn zu ihrem Werkzeug zu machen.

Zweitens operiert diese Theorie mit der durch nichts bewiesenen, aber durch zahllose Erfahrungen widerlegten Behauptung, die nationale Bourgeoisie dieser Länder habe ein Interesse am Sozialismus. Sie ist ja derjenige Teil der Kapitalistenklasse, der sich Vorteile davon verspricht, wenn das entsprechende Land sich aus der Umklammerung durch den Imperialismus löst. Sei es, weil ihr Kapital in Bereichen angelegt ist, die der Imperialismus an der Entwicklung hemmt, sei es, weil sie aus Schlüsselbereichen ferngehalten werden. Am Sozialismus jedenfalls kann diese Klasse kein Interesse haben, es sei denn, dieser Sozialismus wäre lediglich eine Maske zur Tarnung der Ausbeutung.

Und schließlich „vergißt" diese Theorie einen Faktor, den sie sonst immer lautstark hervorhebt: Die Existenz des Imperialismus, den Druck der imperialistischen Mächte — was durchaus nicht immer der offene politische oder gar militärische Druck zu sein braucht. Der Imperialismus dringt in solche neuen souveränen Staaten wirtschaftlich ein, stärkt die Kapitalistenklasse, seinen einheimischen Bündnispartner und hilft ihr so, den Staatsapparat zu übernehmen.

Ebenso ist auch die Bewertung des städtischen Kleinbürgertums und der Intelligenz als durchgängig fortschrittliche Schichten nicht ohne weiteres haltbar, gibt es doch gerade in einer unklaren in der Entwicklung begriffenen Situation die Möglichkeit des Aufstiegs zur bürgerlichen Klasse.

Alle diese Kräfte haben unbedingt ein Interesse an der nationaldemokratischen Revolution und sind deshalb für die Arbeiterklasse Bündnispartner in diesem Kampf. Aber in Bezug auf den Übergang zum Sozialismus differenzieren sich diese Interessen schon weitgehend.

Unbarmherzig widerlegt

Die Theorie von der nichtkapitalistischen Entwicklung ist in Wirklichkeit durch den realen Gang der Ereignisse längst unbarmherzig widerlegt worden. All jene Staaten, die den Sowjetrevisionisten einst als Modell für diese Entwicklung galten, haben ihre revolutionären Einstellungen im Zuge der Herausbildung und Stärkung der Kapitalistenklasse längst fallen lassen.

Nassers Ägypten, Numeiris Sudan, Siad Biarres Somalia, der Irak der Baathpartei, Alvarados Peru, Ne Wins Birma und Nyereres Tanzania — bei all diesen Staaten ist es heute klar und offensichtlich,daß sie keiner sozialistischen und auch keiner nichtkapitalistischen Orientierung folgen, sondern eine zunehmend offenere kapitalistische Entwicklung steuern.



Angolanisch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen: deutlichster Beweis für den Charakter der Moskauer Politik ist ein Fischereivertrag, der beiden Ländern völlige Freiheit in den Gewässern des anderen versichert. Nur daß Angola kein einziges Fischerboot besitzt.

Staatseigene Betriebe, staatlicher Außenhandel und Planung der Wirtschaft gelten den revisionistischen Theoretikern dabei als Kategorien der nichtkapitalistischen Entwicklung.

Natürlich wissen sie selbst, daß dies alles mit „Nichtkapitalismus" noch längst nichts zu tun haben muß, daß es solche Erscheinungen auch im Kapitalismus gibt, und deshalb windet man sich. So schreibt der Cheftheoretiker dieses Entwicklungswegs, der sowjetische Professor Tjulpanow:

„All das zeigt, daß der staatliche Sektor selbst in den Ländern, die sich auf nichtkapitalistischem Weg entwickeln, noch keinen eindeutigen Klassencharakter hat. Er ist nicht nur Träger der antikapitalistischen, der sozialistischen Tendenz, sondern auch Träger der kapitalistischen Tendenz; er kann noch kapitalistische Elemente hervorbringen und birgt sie sogar in sich."

Um dann eine nichtkapitalistische Entwicklung zustandezubringen, erfinden die sowjetischen Revisionisten noch eine — auf irgendeine Weise zustandegekommen — allgemeindemokratische Tendenz, die führend sei, und die sich in Mitbestimmung der Arbeiter ausdrücke.

So wird diese These einerseits zu einer Rechtfertigung der Zusammenarbeit mit bürgerlich-reaktionären Regimes, andererseits aber auch zu einer Gefahr für den eigenen Einfluß, denn wenn sich dort eine einheimische kapitalistische Klasse herausbildet, wird die Tendenz immer mächtiger, sich dem westlichen imperialistischen Weltwirtschaftssystem anzugliedern.

So war die Tatsache, daß der Fünfjahrplan für die zweite Hälfte der 60er Jahre, den der „Sozialist" Nyerere für Tanzania ausarbeiten ließ, den Anteil des Auslands an den gesamten Investitionen bereits mit 44 Prozent veranschlagte, den Großteil davon Kapital aus Großbritannien. Damit wurde damals ein entscheidender Schritt zur imperialistischen Umklammerung Tanzanias gemacht. Heute kann das Land seine Schulden beim westlichen Imperialismus nicht mehr bezahlen.

Wie irreführend diese Theorie ist, zeigt auch folgendes Beispiel über die staatlichen Investitionen in verschiedenen Ländern, die die Basis für einen nichtkapitalistischen Weg bilden sollen, und deren Ausmaß ein Maßstab für die dabei zurückgelegte Wegstrecke sein sollen. Da wird dann angeführt, daß die Philippinen 23 Prozent, Ceylon aber 62 Prozent, Indien gar 63,7 Prozent und 65 Prozent in Ägypten aus dem Staatshaushalt für die Gesamtinvestitionen aufgebracht werden.

Demzufolge ist es auch keine Überraschung, wenn in den Büchern und Aussagen der frühen 70er Jahre gerade Ägypten und Indien als absolute Musterbeispiele für den nichtkapitalistischen Weg angeführt werden. Aber, dank dem staatlichen Sektor in der Wirtschaft, werden auch Staaten wie Tunesien, Mali und natürlich Algerien und damals auch der Irak angeführt.

Offiziell zur Ideologie der sowjetischen revisionistischen Partei erhoben wurde diese Irrlehre auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU, als Leonid Breschnew hervorhob, daß der staatseigene Wirtschaftssektor die Klassenbasis der nichtkapitalistischen Entwicklung darstelle.

Mit dieser Ideologie wurde der Massenmord der „fortschrittlichen" Baathisten im Irak an der dortigen revisionistischen Partei ebenso gerechtfertigt und entschuldigt wie das Polizeiregime Indira Ghandis in Indien.

Die Betonung, daß auch Zwischenschichten und -gruppierungen einen selbständigen revolutionären Kurs **bis zu Ende steuern könnten**, stellt eine Rechtfertigung und ein Alibi für die Zusammenarbeit der Sowjetrevisionisten mit all diesen bürgerlichen, reaktionären Regimes dar.

Ein brüchiges Imperium

Das Imperium, das sich die sowjetischen Sozialimperialisten mit dieser Rechtfertigungsideologie zusammengebaut haben, ist äußerst brüchig. Der sowjetische Machtzuwachs, den die amerikanische Propaganda seit Beginn der siebziger Jahre beklagt, im einstimmigen Chor mit den Maoisten, sieht dabei folgendermaßen aus: in Indochina sein heute Vietnam ein getreuer Vollzugsbeamter Moskaus, der Laos und Kambodscha beherrsche, in Mittelasien der Einmarsch in Afghanistan, in Westafrika gehören zu seiner Rechnung Benin, Guinea-Bissau, Angola und die VR Kongo, im Osten Afrikas Äthiopien und Mozambik.

Nun ist es ohne Zweifel so, daß die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen, sich ein Weltreich nach US-amerikanischem Muster aufzubauen. Man muß dies jedoch realistisch beurteilen: dazu gehört zum einen, die großen Rückschläge, die die sowjetische Taktik im gesamten arabischen Raum hinnehmen mußte, zu berücksichtigen, wo all die so gelobten „nichtkapitalistischen" Staaten immer offener auf die andere Seite wechseln.

Dazu gehört die Einschränkung, daß die These vom russischen Vasallen Vietnam bis heute eine Lüge aus dem Arsenal Washingtons ist — dort gibt es zwar starke prosowjetische Kräfte, aber auch nach wie vor wirksame Kräfte, die für eine Stärkung der nationalen Unabhängigkeit eintreten.

Und vor allem gehört dazu eine genaue Betrachtung des angeblich so stark gewachsenen sowjetischen Einflusses in Afrika.

Niemand behauptet heute mehr ernsthaft, Algerien sei eine Neokolonie der UdSSR,und die wachsende wirtschaftliche Zusammenarbeit Libyens mit der EG widerlegt auch für dieses Land diese Behauptung.

In den ehemaligen afrikanischen Kolonien Frankreichs ist es immer noch so, daß der französische Imperialismus die wichtigste wirksame ausländische Kraft darstellt, was die dortigen Kommunisten stets betonen. Dies gilt im Westen Afrikas, dies gilt auch für Madagaskar. Und während in Mozambik bereits zahlreiche Wirtschaftsreformen durchgeführt werden, die eindeutig gegen die Moskauer Interessen gerichtet sind, wird so eine Entwicklung in Angola und Äthiopien von der Anwesenheit kubanischer, ostdeutscher und sowjetischer Soldaten erzwungen.

Tatsache aber ist, daß beispielsweise Angola die zahlreichen in letzter Zeit abgeschlossenen Verträge über die Ölförderung ausschließlich mit britischen und amerikanischen Monopolen vollzogen hat, und daß das Land sich seit einiger Zeit engster wirtschaftlicher Verbindungen mit Brasilien erfreut, in dessen Wirtschaft ja wiederum die westlichen Monopole die entscheidende Rolle spielen.

Die Bruchstellen des sowjetischen Ausplünderungssystems bestehen eben dort, wo sie die Heranbildung einer neuen Kapitalistenklasse in solchen Ländern unterstützen, dulden und rechtfertigen (oder auch das Weiterbestehen der alten kapitalistischen Klasse), um selbst eine neokoloniale Herrschaft auszuüben, während diese Klassen sich auf dieser Grundlage entsprechend den wirtschaftlichen Erfordernissen und Entwicklungen früher oder später der stärkeren Kraft, dem westlichen Imperialismus zuwenden. Deshalb sind auch die sowjetischen Sozialimperialisten dazu gezwungen, immer mehr von der Demagogie zur militärischen Unterdrückung überzugehen — siehe Afghanistan.

Revisionistische Schönfärberei

Ist die türkische Junta faschistisch?

„UZ" beantwortet Leserfrage

Vor kurzem veröffentlichte die „UZ", Zeitung der DKP, eine Antwort auf einen Leserbrief, in dem gefragt worden war, warum die DKP die türkische Militärjunta nicht als faschistisch bezeichne. Dies wurde in einem längeren Artikel gerechtfertigt.

Angesichts der weit über Hunderttausend Verhafteten, der alltäglichen Folterorgien und der Hinrichtungen, des Verbots der Gewerkschaft DISK und des politischen Massenprozesses gegen ihre Funktionäre, angesichts der allgemeinen Militarisierung der Rechtssprechung, des Pressewesens und des Alltagslebens, der absoluten Zensur in den Medien, angesichts der Panzer und Patrouillen auf den Straßen und der Massenjagd auf Revolutionäre eine wahrlich kühne Behauptung.

Was ist es nun, was die DKP daran hindert, die türkische Militärjunta als faschistisch zu bezeichnen und zu bekämpfen? Welche positiven Aspekte hat die Politik der Junta, die die Charakterisierung als faschistisch verbieten könnte?

Die Autorin Jutta von Freyberg führt dafür folgende Argumente ins Feld: Die von der Junta angeblich weitgehend unterbundenen Aktivitäten terroristischer Gruppen, die Tatsache, daß einige Mitglieder der Junta, darunter auch Kenan Evren, Vertreter realistischer Positionen in der Außenpolitik seien (womit gutnachbarliche Beziehungen zur Sowjetunion gemeint sind), was soweit gehe, daß die Junta mehrheitlich den Versuch Reagans, die Türkei zu militärischen Aktionen außerhalb des NATO-Bereichs zu gebrauchen, widerstanden habe, und die geforderten Strafen für Türkes und 219 weiteren faschistischen Funktionäre der MHP.

Diese Argumente sind allesamt nicht stichhaltig. Was die unterbundene terroristische Aktivität betrifft, so gibt es dafür auf den Straßen der Türkei genügend Beispiele, die dem widersprechen. Und viele derjenigen, die vorher in faschistischen Terrortrupps die Menschen verunsicherten, treiben heute als Folterknechte der Armee ihr Unwesen.

Daß unter diesem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus die ganze Juntapolitik betrieben wird, das kann eigentlich auch der Autorin nicht verborgen geblieben sein, genausowenig wie die Tatsache, daß auch die Genossen der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (TDKP) als angebliche Terroristen verfolgt werden, wie auch andere Revolutionäre. Indem sie diesen „Kampf" der Junta positiv würdigt, leistet die „UZ" also den Rechtfertigungen Kenan Evrens Beihilfe.

Was die Weigerung der türkischen Generale betrifft, sich für die USA-Politik außerhalb der NATO mißbrauchen zu lassen, so kann man dazu folgendes feststellen: Die Türkei ist heute eine der größten Schaltzentralen der US-Army, die dort fast 60 Militärstützpunkte zu unterschiedlichsten Zwecken unterhält. Nicht nur zur Spionage, sondern auch als Nachschubbasis für den gesamten Nahen Osten, der bekanntlich außerhalb des NATO-Gebiets liegt.

Und was schließlich die Verfolgung der faschistischen MHP-Partei betrifft, so ist dazu zum einen zu sagen, daß es Rivalitäten zwischen verschiedenen faschistischen Gruppen auch in der Vergangenheit immer wieder gegeben hat, auch im Hitler-Deutschland. Zum anderen muß sich Evren mit seiner Propaganda ja auch eine gewisse Basis innerhalb der Bevölkerung schaffen, wozu er auch Tatsachen vorweisen muß, und mögen sie noch so geringfügig sein, wenn man etwa die Zahl der angeklagten Faschisten mit jener der Revolutionäre und Demokraten vergleicht.

So sieht es in Wirklichkeit um die Politik der Junta aus. Das Bild, das die „UZ" zeichnet, das Bild einer zwar bürgerlich reaktionären, mit faschistischen Elementen durchsetzten, aber aus verschiedenen politischen Kräften zusammengesetzten Junta, ist falsch und äußerst gefährlich.

Das ist nicht etwa das Bild, das nur der Autorin zeichnet, sondern diese Einschätzung entspricht jenen grundlegenden Aussagen der DKP, die die faschistische Gefahr auch für die Bundesrepublik beschönigen. So wurde in einer Entschließung des Düsseldorfer Parteitags der DKP von 1978 festgehalten:

„Die weitere Entwicklung des Kampfes gegen den Neonazismus stellt uns Kommunisten und andere Demokraten vor neue Aufgaben. Es gilt, Zusammenhänge und Ursachen zu erklären und sich sowohl gegen eine Unterschätzung des Neofaschismus als auch gegen die Auffassung zu wenden, es stehe ein neues 1933 vor der Tür. (...) Heute bestimmt der Sozialismus immer entscheidender die geschichtliche Entwicklung. In Westeuropa erstarken die fortschrittlichen Kräfte. In den letzten Jahren ist es gelungen, die letzten faschistischen Regimes in Griechenland, Portugal und Spanien zu beseitigen. Hinzu kommt, daß angesichts der Erfahrung mit dem Faschismus, seiner weltweiten Diskreditierung, auch die reaktionärsten Kreise des Großkapitals in der Wahl ihrer Mittel eingeschränkt sind."

Dies ist eine der Ausformungen der revisionistischen These, in Europa sei die faschistische Gefahr heute faktisch nicht mehr vorhanden. Eine Folge davon ist beispielsweise die Beschränkung des antifaschistischen Kampfes der DKP auf einen isolierten Kampf gegen den Neonazismus. Eine weitere Folge ist eben die Leugnung des faschistischen Charakters der türkischen Junta.

Das Hauptargument, das dabei von der Seite der revisionistischen Parteien angeführt wird, ist das Fehlen einer faschistischen Massenpartei im Stil der NSDAP. Ohne eine solche Partei gibt es, dieser These folgend, eben keinen Faschismus. Nun gibt es ja erst aus der jüngsten Zeit die Erfahrung des faschistischen Putschversuchs aus Spanien, der von der Armee ausging. Und auch in der Geschichte anderer Länder gibt es die Erfahrung eines faschistischen Putsches ohne die Existenz einer starken faschistischen Massenpartei.

Was diese revisionistische These grundlegend leugnet ist doch, daß der Faschismus, die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals, nicht eine Frage parlamentarischer Mehrheiten ist, sondern ein Mittel der Bourgeoisie, den Kampf der Werktätigen zu zerschlagen. Wie diese Diktatur errichtet wird, ist dabei zunächst einmal zweitrangig, die Wege dazu werden entsprechend den Ländern und der Situation unterschiedlich sein. Tatsache aber ist doch, daß das zeigt sich gerade am Beispiel Türkei, wenn man die politische Situation analysiert, daß der Putsch Evrens und seiner Generäle genau diesem Ziel diente und daß das politische System, das sie errichten, genau diese Diktatur über die Werktätigen ist. Wer das beschönigt, wer gar noch versucht, die Politik der Evren-Junta auf positive Aspekte hin abzuklopfen, der macht sich an das Werk, den Kampf gegen die Junta zu schwächen, zu spalten und irrezuleiten.

Dementsprechend wird auch die Taktik der revisionistischen Partei der Türkei, der TKP, in der „UZ" verteidigt, die auf eine Spaltung innerhalb der Junta und der sie tragenden Kräfte der Armee setzt. Damit stellen sich die türkischen Revisionisten, unter dem Beifall der DKP, jener revolutionären antifaschistischen Taktik entgegen, wie sie von der marxistisch-leninistischen TDKP verfolgt wird, eine breite Volkseinheit zum Sturz des faschistischen Regimes zu schaffen.

Verleumdungen gegen die Aktionen der Jugend

Thatchers Politik trifft auf Massenwiderstand

Faschistische Banden und Polizei provozieren

LONDON. — Die ersten Nachrichten aus dem Londoner Stadtteil Southall versuchten die Ereignisse dort noch als reine Rassenauseinandersetzungen darzustellen. Seitdem haben die Aufmärsche von Zehntausenden in Liverpool, Manchester, Sheffield, Hull und Leeds gezeigt, daß die Londoner Ereignisse lediglich insofern Rassenauseinandersetzungen waren, als Angriffe von Nazi-Banden auf Menschen der nationalen Minderheiten eine der Erscheinungen sind, die die wachsende politische Krise Britanniens kennzeichnen.

Der Angriff der faschistischen „Glatzkopf"-Banden auf indische Frauen in Southall und die Polizeijagd auf einen westindischen Motorradfahrer im Liverpooler Stadtteil Toxteth waren der jeweilige Funke, der die Explosion auslöste.

Die britische Polizei unternahm dabei alles, um den Widerstand der farbigen und weißen Jugendlichen zu verhindern. Polizisten standen Spalier, als die „Glatzköpfe" aus Southall flohen, und sie verhinderten, daß diese Verbrecher für ihre terroristischen Akte zur Rechenschaft gezogen wurden.

Die Reaktion auf die Demonstrationen und Unruhen waren der massivste Polizeieinsatz der jüngeren britischen Geschichte. Dabei ging die Polizei in Liverpool so weit, das berüchtigte CS-Lähmungsgas einzusetzen.

Der Aufschrei der Reaktion ist einmütig: eine schärfere juristische Vorgehensweise, eine Ausweitung der Polizeibewaffnung waren die Forderungen der Presse und der Konservativen Partei.

Premierministerin Thatcher und Innenminister Whitelaw beschuldigten die Arbeiterfamilien der ärmsten Stadtteile der britischen Großstädte, sie seien unfähig, ihre Kinder zu erziehen, bei ihnen liege die Verantwortung für die jüngsten Ereignisse.

Diese unverschämte Behauptung steht im krassen Gegensatz zu den Tatsachen, die zeigen, daß es hauptsächlich zwei Gründe sind, die zu diesem jetzigen Protest geführt haben.

Zum einen hat die Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung — und sie ist ja das Vorbild für die Sparpolitik sowohl der Reagan-Regierung in den USA als auch für die Sparpläne der Bundesregierung — dazu geführt, daß die Arbeitslosenzahl inzwischen bei über 2,7 Millionen Menschen liegt und daß innerhalb der beiden nächsten Monate weitere 300000 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

Gleichzeitig hat die „Rentabilitätspolitik" der staatlichen Betriebe zu Preissteigerungen für Energie und Verkehrsmittel von über 30 Prozent innerhalb eines Jahres geführt und die Zinspolitik die allgemeine Teuerung weiter angetrieben — die offizielle Preissteigerungsrate liegt seit Jahren ständig zwischen 12 und 20 Prozent. Die Regierung selbst sprach in ihrem jüngsten Jahreswirtschaftsbericht von einem Sinken der Realeinkommen für 1980 um über 4 Prozent.

Schließlich haben die direkten Sparmaßnahmen der Regierung zur Beseitigung zahlreicher sozialer Errungenschaften der Werktätigen geführt, wie Mietbeihilfen, Sozialstationen usw.

So ist es auch kein Wunder, daß ausgerechnet die ärmsten Viertel der britischen Industriestädte zu einem Zentrum des militanten Protestes geworden sind.

Denn der zweite Faktor, der zu dieser Entwicklung beigetragen hat, wirkt gerade in diesen Gegenden besonders stark: die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der nationalen Minderheiten im Lande.

Ist beispielsweise Toxteth ein Zentrum der Arbeitslosigkeit mit 40 Prozent Arbeitslosen, so liegt der Prozentsatz bei der farbigen Einwohnerschaft höher als 60 Prozent, während von den farbigen Jugendlichen fast keiner Arbeit hat. Dafür aber muss sie sich, wie in einem Interview der Zeitung „Workers Weekley" dargestellt wurde, bei einem Gang durch die Straßen ihres Viertels auf mehrere Personenkontrollen pro Nachmittag — und zwar als Regel — einstellen.

So sind denn auch die jetzt so viel genannten Plünderungen keineswegs nur der Ausdruck einer spontanen, wilden Wut — das auch. Sie sind auch nicht nur das Werk von Provokateuren, obwohl auch solche am Wirken sind. Sie sind aber zumindest teilweise für diese Menschen eine Möglichkeit, Essen und Kleidung zu erhalten, denn sie leiden bittere Not.

Die Maßnahmen von seiten der Regierung in den letzten Monaten beschränkten sich ausschließlich darauf, die politischen Möglichkeiten für die schärfere Unterdrückung der nationalen Minderheiten zu schaffen. So ist das neue Nationalitätengesetz ein scharfer Angriff auf die Rechte der Werktätigen Britanniens. Galt bisher die Regelung, daß jeder, der im Lande geboren wurde, auch die normalen Rechte eines Staatsbürgers hat, so soll jetzt eine Art Dreiklassenrecht geschaffen werden, mit dem der Mehrzahl dieser Menschen ihre politischen Rechte genommen werden, die sie in eine ähnliche Situation bringen wie die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik etwa.

Nach den ersten Unruhen in Brixton und Bristol im letzten Jahr wurde noch behauptet, dies seien Ausnahmen. So eine Behauptung wagt jetzt keiner mehr. Jetzt wird von unerklärlichen Ereignissen und von „Randalierern" gesprochen.

Die Tatsache, daß bei den Unruhen auch sehr junge Menschen beteiligt waren, die — wie die reaktionäre Press empört vermerkte — teilweise zusammen mit ihren Eltern kamen, zeigt, wie schlimm die Zukunftsaussichten für die Jugendlichen in Britannien heute sind. Sie, betroffen von der Aussicht, keine Arbeit zu bekommen und betroffen von den Sparmaßnahmen an den Schulen, haben sich in diesen Protest eingereiht, wie auch Abertausende anderer weißer Jugendlicher, die unter der Losung „Black and White-Unite" zum gemeinsamen Kampf antraten.

KP Surinams gegründet

In dem kleinen lateinamerikanischen Land Surinam, einer ehemaligen niederländischen Kolonie, („Niederländisch Guayana"), ist in diesem Sommer die Kommunistische Partei gegründet worden.

Surinam ist erst 1975 ein formal unabhängiger Staat geworden. Die Reichtümer des Landes befinden sich jedoch nach wie vor in den Händen der ausländischen Imperialisten. Hier sind in erster Linie die bedeutenden Vorkommen an Bauxit, des Rohstoffs für die Aluminiumproduktion zu nennen. Sie werden vom US-Konzern Alcoa (die USA beziehen ein Viertel ihrer Bauxit-Importe aus Surinam) und von einer Tochtergesellschaft des Öl-Multis Shell ausgebeutet.

Bis zum letzten Jahr stand Surinam unter einem Regime der mit dem Imperialismus verbundenen Kompradorenbourgeoisie. Ein Putsch von Unteroffizieren der Armee hat dieses Regime beseitigt und eine Militärregierung eingesetzt, die sich im Wesentlichen auf nationalbürgerliche und kleinbürgerliche Schichten stützt. Das Volk von Surinam, das sich hauptsächlich aus Nachkommen ehemaliger Negersklaven, aus Indern und Indonesiern zusammensetzt, hat einen 300jährigen Kampf gegen den Kolonialismus geführt, wobei in den letzten Jahrzehnten die Streiks und Massendemonstrationen der Arbeiterklasse eine immer größere Bedeutung gewannen.

Der hervorragendste Vertreter dieses Kampfes war der Kommunist Anton de Kom, dem es zum ersten Mal in der Geschichte des Landes gelang, die Arbeiter und Werktätigen der verschiedenen Rassen in einer einheitlichen Kampforganisation zu einen. Die niederländischen Kolonialisten deportierten diesen großen Volksführer nach Holland, wo er sich am antifaschistischen Kampf gegen die deutschen Besatzer während des zweiten Weltkrieges beteiligte. Die Nazis haben ihn 1945 im KZ Neuengamme ermordet.

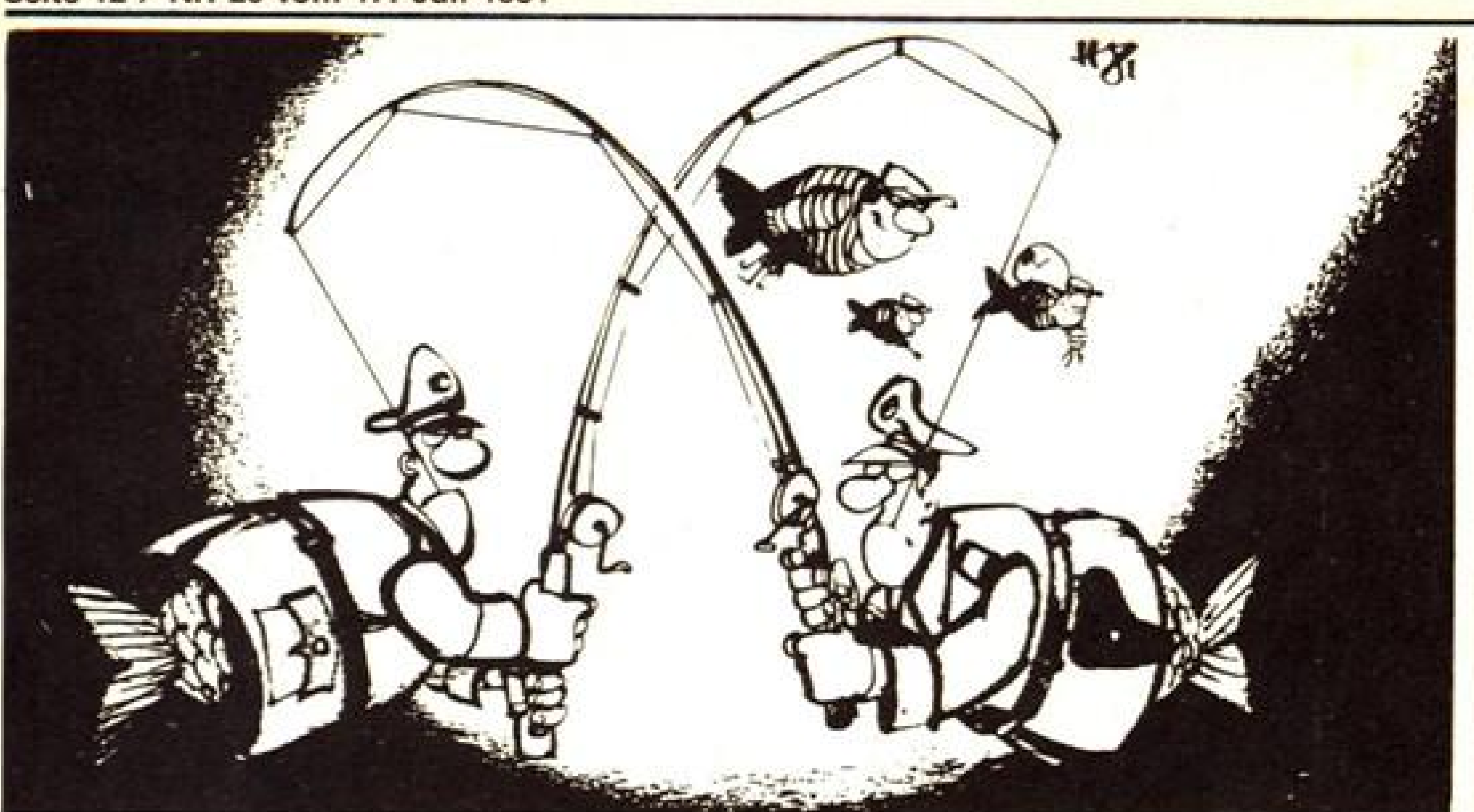
Die Genossen der KP Surinams setzen heute die Kampftradition Anton de Koms fort. Sie haben schon vor der Gründung ihrer Partei den revolutionären Kampf gegen Imperialismus, Neokolonialismus und innere Reaktion geführt, so daß ihre junge Partei schon jetzt über einigen Einfluß in der Arbeiterklasse und unter den übrigen Werktätigen verfügt. Aktuell führt die Partei in erster Linie den Kampf für die Enteignung der niederländisch kontrollierten Gasgesellschaft OGEM und für die Erweiterung der demokratischen Rechte der Werktätigen unter der neuen Militärregierung, die über das Land den Notstand verhängt hat.

Die KPD hat dem Gründungskongreß der Kommunistischen Partei Surinams eine Grußbotschaft gesandt, in der es unter anderem heißt: **Zu diesem wichtigen Schritt senden wir Euch im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands herzliche revolutionäre Grüße und Glückwünsche. Wir verbinden dies mit der Hoffnung, daß Eure Arbeit und Euer Kampf von Erfolg gekrönt sein werden und in Surinam eine wirklich marxistisch-leninistische Partei entsteht, die zur Führerin der Arbeiterklasse wird und es durch geschickte und lebendige Anwendung der Lehren des Marxismus-Leninismus versteht, das Volk in den Kampf für die Befreiung von Imperialismus und Neokolonialismus und für die Errichtung einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu führen."**

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5960	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5960	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW





Die Polizei — dein Freund und Dealer

Hamburgs Polizei — das ist seit langem bekannt — steht mit der Unterwelt auf keinem schlechten Fuß. Die auch anderswo geübte Praxis, daß Bullen und Ganoven gemeinsam ihre Dinger drehen, hat in der Hansestadt immerhin schon Formen angenommen, daß eigens eine Sonderkommission gebildet werden mußte, die sich ausschließlich mit der Aufklärung der Polizeikriminalität beschäftigt.

Nun ist diese Kommission darum bemüht, ihre Ermittlungsergebnisse unter Verschluß zu halten. Manchmal dringt dann aber doch etwa an die Öffentlichkeit, wie etwa die folgende Geschichte vom geplatzten 1,3 Millionen-Drogengeschäft. Es hatte damit angefangen, daß ein in einschlägigen Kreisen bekannter Mann namens Uwe bei einem Hamburger Gemüsegroßhändler aufkreuzte und sich nach Möglichkeiten erkundigte, den legalen Gemüsehandel auch für die Beschaffung von Drogen zu benutzen.

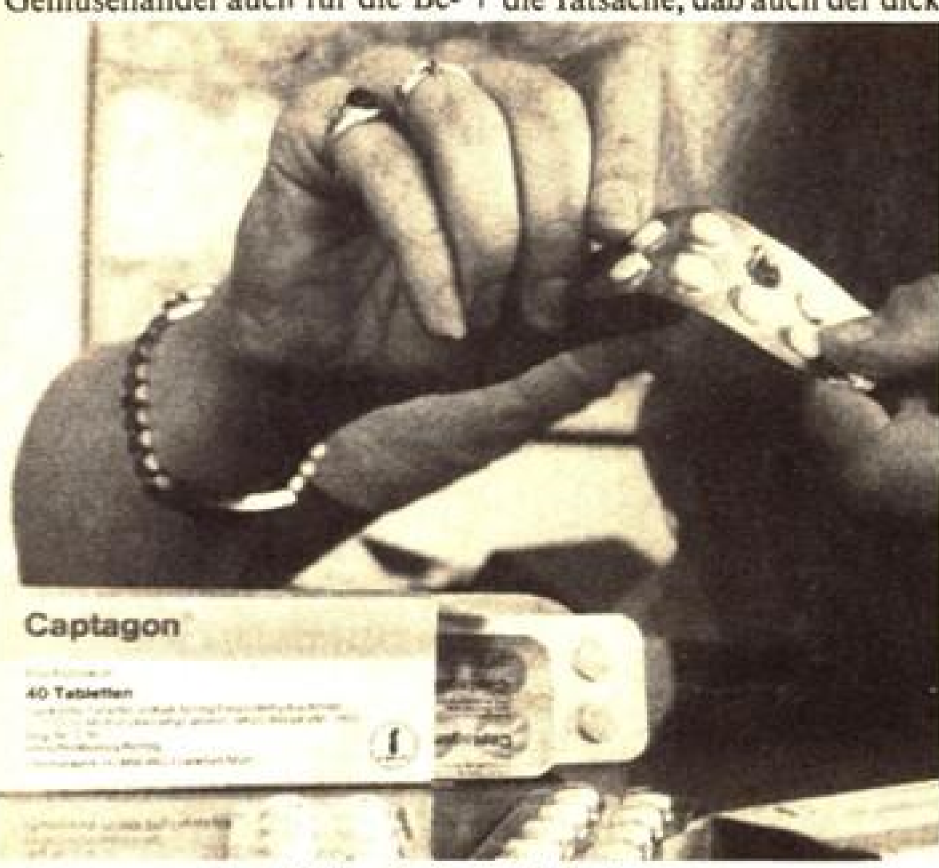
Der Kaufmann ließ seine Beziehungen spielen und fand schließlich den geeigneten Partner in einem Mann, der auf dem Hamburger Kiez als der dicke Manny bekannt war. Manny versprach die Lieferung von 500000 Tabletten des Aufputschmittels Captagon. Das Geschäft kam ins Rollen. Was der Gemüsemann allerdings nicht wußte: Uwe, der die Sache angeregt hatte, war V-Mann der Hamburger Kriminalpolizei, Abteilung Rauschgift. Er gehört zu jenen Typen, die sich im Dienst der Polizei nicht auf das Observieren der Ganovenszene beschränken, sondern die mit Billigung oder sogar auf Anordnung ihrer Auftraggeber auch schon mal selbst ein Ding einfädeln, so wie es Uwe bei dem Captagon-Handel getan hatte.

Was aber dieses Geschäft noch weiter komplizierte war die Tatsache, daß auch der dicke Manny im Dienst der Polizei stand, nicht beim Rauschgiftdezernat, sondern beim „Fachkommissariat spezielle Diebstähle". Damit war denn die Hamburger Kripo gleich auf beiden Seiten an dem geplanten Drogenhandel beteiligt. Uwes Abteilung, das Rauschgiftdezernat also, zog sich jedoch alsbald wieder zurück, weil in der Sache „zuwenig drin" wäre. Damit war das Geschäft für Uwe jedoch noch lange nicht gestorben. Er nahm einfach Kontakt zum Kieler MEK auf, und die zeigten an der Sache mehr Interesse.

Nun traten zwei MEK-Leute — getarnt als dänische Großdealer — gemeinsam mit Uwe als Kaufinteressenten für die Drogen auf. Und inzwischen boten der dicke Manny und sein Gemüsehändler schon 1,5 Millionen Tabletten Captagon an. Manny hatte auch seinen zuständigen Betreuer den Kriminalhauptmeister Hartwig Behrens, vom zügigen Verlauf des Handels informiert. Behrens gab die Information ans Rauschgiftkommissariat weiter, bekam von dort jedoch den Hinweis, die Sache falle nunmehr unter die Zuständigkeit Schleswig-Holsteins. Und damit hätte nun eigentlich der dicke Manny aus dem Geschäft aussteigen müssen.

Er machte aber trotzdem weiter. Und so kam es dann Ende des letzten Jahres zum Übergabetermin im Kieler Hotel „Maritim". Es saßen sich dabei gegenüber: Die beiden MEK-Leute aus Kiel als Käufer (sie hatten eine Tasche mit 1,3 Millionen Mark dabei) und der dicke Manny, sowie zwei echte Ganoven als Verkäufer (der Stoff lag derweil im Kofferraum ihres Wagens). Daß die Übergabe dann im allerletzten Moment doch noch platzte, lag an der Dummheit der Kieler, die das Trio aus Hamburg allzu auffällig hatten fotografieren lassen. Die beiden einzigen echten Ganoven, die an dem Handel beteiligt waren, wurden mißtrauisch und verschwanden mitsamt ihrer Ware.

Die ganze Sache wäre danach vielleicht im Sande verlaufen, wenn nicht Uwe aus der Hamburger Unterwelt den Tip bekommen hätte, daß auch der dicke Manny V-Mann der Kripo war. Uwe gab sein Wissen an die Kieler MEK-Leute weiter. Die informierten die erwähnte Sonderkommission in Hamburg. Die Kommission ließ daraufhin beim Gemüsegroßhändler und beim dicken Manny die Telefone überwachen. Und dabei ist dann offenbar herausgekommen, daß Manny und sein Betreuer, der Kriminalhauptmeister Behrens, das Captagon-Geschäft auf eigene Faust und für die eigene Tasche betreiben wollten. Beide wurden nämlich im Mai verhaftet.



Aufputschmittel Captagon

Glückwunsch, Herr Scheel

Eine bedeutende Ehrung ist Herrn Walter Scheel, einem früheren Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, zuteil geworden. Eine 40köpfige Jury, die im Auftrag der Cognac-Firma „Remy Martin" tätig wurde, kürte ihn zum „Feinschmecker des Jahres".

Die Siegerehrung fand vergangene Woche in einem Wiesbadener Restaurant statt, stilgerecht mit „Forschschenkeln in Ruhländer", „Roggenfäden mit Hummer", „Kalbsherz mit Birnen und Steinpilzen" und dergleichen mehr. Für den hohen Preisträger spielten 15 Streicher eine eigens zu dem bedeutenden Anlaß komponierte „Hymne an den Feinschmecker des Jahres".

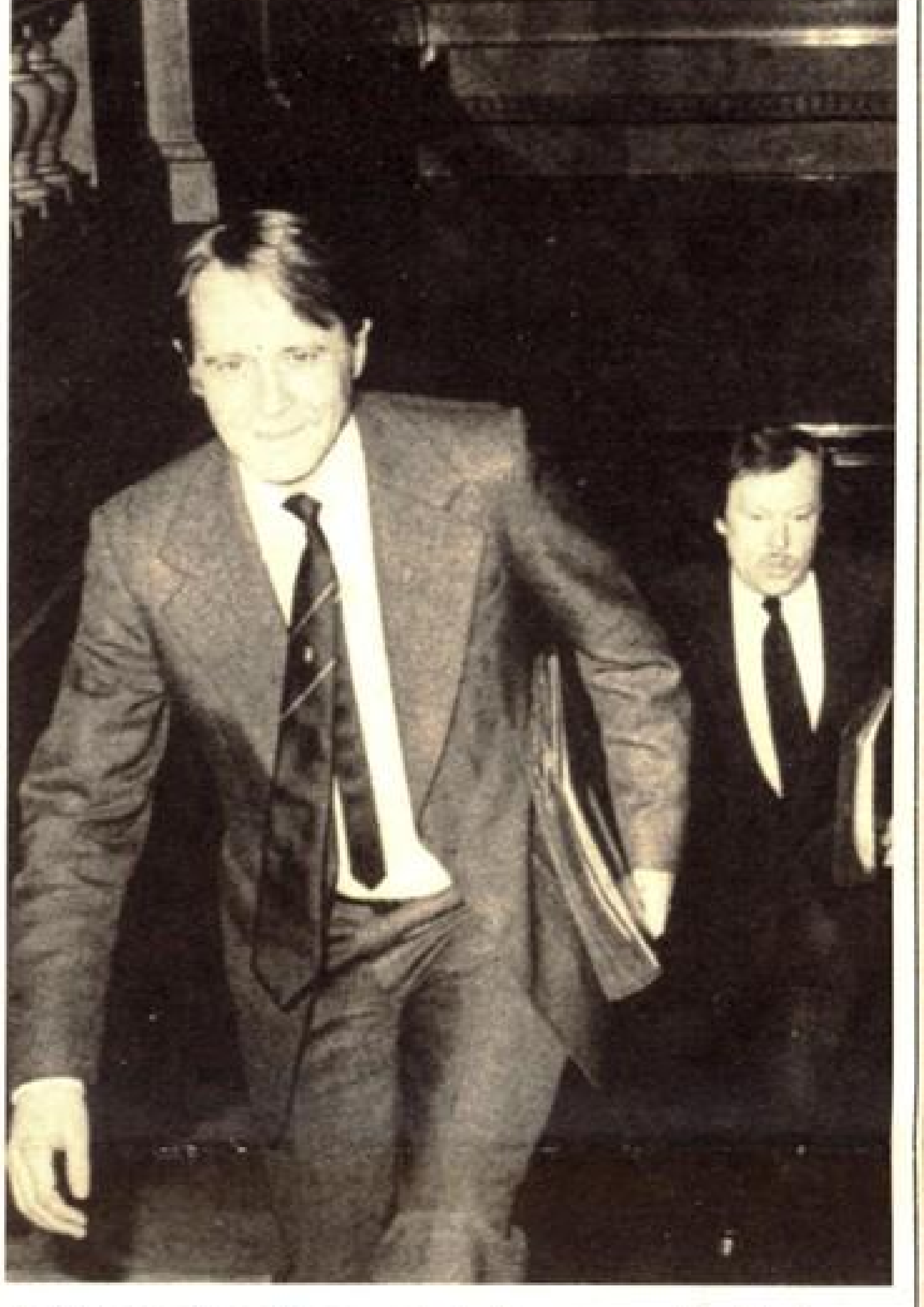
Bedeutend in der Tat. Ist es doch immerhin eine Firma aus Frankreich, dem Land der raffinierten Kochkunst, für die hier ein deutscher Expräsident als Preisträger wirken durfte. Man muß aber auch gegebenem Anlaß auch darauf hinweisen, daß sich Walter Scheel die Ehrung durch jahrelange aufopferungsvolle Tätigkeit bei Gala-Diners und kalten Büffets redlich verdient hat. Und das ist um so bewundernswerter, als der 61jährige Frührentner ja sehr stark dadurch in Anspruch genommen wird, die runde halbe Million Mark, die er jährlich als Ruhegeld bezieht, durchzubringen.

Trotz der großen Anstrengungen, die mit dieser Aufgabe verbunden sind, hat er also immer noch Zeit gefunden, den aufreibenden Pflichten eines Feinschmeckers nachzugehen. Und nicht nur das. Auch politisch ist Herr Scheel durchaus noch aktiv. Millionen Fernsehzuschauer konnten zum Beispiel vor einigen Wochen in der Sendung „5 nach 10" seine überzeugend vorgetragenen Ausführungen erleben. Es ging dabei übrigens um das Thema „Wir müssen alle Opfer bringen".

Vergoldeter Rausschmiß

Wechsel an der Spitze des Hamburger Senats. Klose ging (oder mußte gehen), Dohnanyi kam. Mit Klose ging auch dessen engster Paladin, Senats-Pressesprecher Manfred Bissinger. Und der ist nun plötzlich ins Gerede gekommen.

Schuld daran ist eine kleine Anfrage der CDU in der Hamburger Bürgerschaft. Die Unions-Leute wollten wissen, ob es richtig ist, daß jener Bissinger in weiligen Ruhestand" versetzt werden muß. Das bedeutet: Über fünf Jahre lang bezieht er dann 75 Prozent seiner Bezüge weiter. Und nach Ablauf dieser Fünf Jahre geht er in Rente, wobei er dann immer noch die Hälfte seiner Bezüge weiter kassiert. Bissinger ist da auch nicht der erste. In Hamburg laufen zwei ehemalige Staatsräte als solche Frührentner herum, die Herren Liebrecht (FDP) und



Exbürgermeister Klose und sein Pressesprecher Bissinger

den nächsten fünf Jahren ein sogenanntes Übergangsgeld von 430000 Mark kassieren und sich dann bis an sein Lebensende eine stattliche Pension von 4200 Mark im Monat auszahlen lassen kann. Und ob der Exbürgermeister Klose seinem Pressesprecher, der immerhin erst 40 Lenze zählt, zu dieser Traumrente verholfen hat.

Beides ist richtig. Doch die CDU-Leute haben wenig Anlaß, die Empörten zu mimen. Denn auf ihr Betreiben hin ist 1978 in das Hamburger Pressegesetz die Regelung eingefügt worden, die nun auf Bissinger bis an sein seliges Ende einen goldenen Regen herabfließen läßt. Diese Regelung besagt, daß ein sogenannter „politischer Beamter" — wenn er von seinem Dienstherrn gekündigt wird — in den „einstweiligen Ruhestand" ... Abend (parteilos), letzterer verdient sich zu seiner fetten Frührente noch als Anwalt etwas hinzu.

Im Fall Bissinger hat sein Freund Klose allerdings ein bißchen nachgeholfen. Denn den ehemaligen Pressesprecher zu entlassen, dazu bestand kein Grund. Besaß Bissinger doch das volle Vertrauen seines Exdienstherrn. Wenn Klose ihn dennoch rausgeschmissen hat, dann nur, um für ihn die rechtliche Basis dafür zu schaffen, daß er einen Anspruch auf den Bezug der ober erwähnten Gelder und damit ein unbeschwertes frühes Rentenalter vor sich hat. Ulrich Klose weiß eben, was Solidarität mit einem früheren Mitarbeiter bedeutet. Vor allem, wenn für die Folgen der Steuerzahler aufkommen muß.



Samstag, 18. Juli
19.50 Uhr Südwest III
In der Sache J. Robert Oppenheimer. Schauspiel von Heinar Kipphardt.

***

Sonntag, 19. Juli
22.05 Uhr WDR, NDR, HR III
Theater der Welt 81. Vorgestellt wird das Stück „Waldeslust" von Het Werktheater Amsterdam, in dem es um Probleme von Behinderten geht.

***

Sonntag, 19. Juli
21.05 Uhr ARD
Ulisse. Nach „Orfeo" und „Krönung der Poppea" bringt die ARD nun eine dritte Monteverdi-Oper in der Inszenierung von Jean-Pierre Ponelle.

***

Sonntag, 19. Juli
20.15 Uhr Südwest III
Wanzen im Hotel. Eine Komödie, geschrieben vom Kabarettisten Dieter Hildebrandt.

***

Dienstag, 21. Juli
20.15 Uhr WDR, NDR, HR III
Weitere Aussichten. Ein Ein-Personen-Fernsehspiel von Franz Xaver Kroetz über eine alte Frau, die vor der Überweisung ins Altersheim steht. Mit Therese Giehse.



Therese Giese

***

Donnerstag, 23. Juli
16.15 Uhr ARD
Frauengeschichten. Vorgestellt wird heute die fortschrittliche Karikaturistin Marie Marcks.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18.

4630 **BOCHUM**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** 1, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20.00 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/848408.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-12, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Ma[illegible]enstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse, Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 [illegible] 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr